

Bezugspreise
monatlich R.
in der Geschäftsstelle 1100.—
in den Ausgabestellen 1100.—
durch Zeitungshändler 1200.—
am Postamt 1320.—
ins Ausland (inkl. deutsche R.)

Verantwortlicher
2273, 3110

Verlag: Tagblatt-Verlag.

Postfachkonto für Polen Nr. 200283 in Polen.

Postfachkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt Betretung der Arbeitsverhältnisse oder Ausübung hat der Besitzer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tagblatt

(Posener Warte)

Erste
an allen Verlagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens 60.— M.
Reklameteil . 180.— M.
Für Aufträge (Millimeterzeile im Anzeigenteil 20.— d. M.
aus Deutschland (Reklameteil 60.— d. M.)

Nach der Warschauer Schreckenstat.

Konnte der Mord verhindert werden?

Anlässlich der Tatsache, daß in vielen Blättern darauf hingewiesen worden ist, daß weder vor dem Jacheta-Palast noch im Gebäude selbst zur Zeit des Besuchs des Staatspräsidenten Karutowicz Polizei anwesend gewesen sei, hat sich der Vertreter der Offizientur an den Minister Darowski, der damals die Amtsgewalt des Innenministers ausübte, mit der Bitte um Aufklärung gewandt. Minister Darowski erklärte, daß diese Frage durch Informationen, die von Seiten der nächsten Umgebung des Präsidenten erteilt worden seien, bereits genügend geklärt sei. Seinerseits fügte der Minister hinzu: „Ich stelle fest, daß weder ich noch das Sicherheitsdepartement, noch der Regierungskommissar für die Stadt Warschau nicht einmal von der Absicht des Präsidenten, den Jacheta-Palast zu besuchen, in Kenntnis gesetzt worden sind. Für mich persönlich war diese überraschende Tat um so schrecklicher, als sowohl dem Präsidenten selbst als auch seiner nächsten Umgebung mein entschlossener Standpunkt bekannt war, nämlich daß sich der Präsident eine bestimmte Zeit hindurch nach Möglichkeit nirgendwohin begeben dürfte, nicht nur aus Gründen der Sicherheit, sondern auch aus politischen Rücksichten. Einen solchen Standpunkt mußte ich einnehmen im Zusammenhang mit dem für Sonntag, den 17. d. Mts., geplanten feierlichen Gottesdienst in der Kathedrale, bei dem der Staatspräsident zugegen sein sollte. Nach einer längeren Konferenz, die am Donnerstagabend im Innenministerium stattfand, überzeugte ich den Vertreter der Zivilkassette des Präsidenten davon, daß auf keinen Fall ein solcher Gottesdienst angesetzt werden dürfe, weil die Stimmung nicht danach angetan sei und der geeignete Augenblick Neujahr wäre. Bis dahin werde Verhütung im Lande eintreten und die breitere öffentliche Meinung mit der eblen Gestalt des Präsidenten bekannt werden können. Dieser Standpunkt dem Präsidenten selbst auszusprechen, hatte ich die Möglichkeit am Freitag, dem 15. d. Mts. Der Präsident teilte meine Ansichten ganz und gar. Als Chef der öffentlichen Sicherheit hätte ich mich in diesem Moment dem Besuch des Jacheta-Palastes aus Rücksichten der Sicherheit sowie aus politischen Gründen unbedingt widersetzt.“

Eine Erklärung Josef Hallers.

Der „Dziennik Pogl.“ veröffentlicht folgende Erklärung des Abgeordneten und ehemaligen Generals Josef Haller: „Ein gewisser Teil der Bevölkerung und der Presse legt mir eine ganze Reihe von Handlungen zur Last, die ich als Soldat und Staatsbürger mit meinem Gewissen nicht in Einklang bringen könnte. Mir werden Erklärungen zugeschrieben, die ich nicht abgegeben habe, und mir wird, der Wahrheit widersprechend, vorgeworfen, ich hätte zu Verfassungsverletzungen und verbrecherischen Handlungen beigetragen. Meine ganze militärische und staatsbürgerliche Tätigkeit, die offenbar ein Teil der verbliebenen Parteipolitiker schon vergessen hat, beweist deutlich genug, wie ich die Pflichten eines Polen und Staatsbürgers verstehe. Jeder ehrliche Pole weiß, daß ich in allen meinen Erklärungen immer zur Wahrung der gesetzlichen Ordnung, zur Einigkeit und Arbeit gemahnt habe. Um so schmerzlicher ist mir jetzt, daß ich für das ganze dem Dienste des Vaterlandes gewidmete Leben jetzt Haß und Verleumdung ernte, die soweit gehen, daß ich genötigt bin, zur Verteidigung meines Namens alle Verleumdungen vor Gericht zu ziehen.“

Erklärungen der Sejmfraktionen.

Der Vorstand der Sejmfraktion der polnischen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Aufs Telle erläutert, verdammt die Sejmfraktion der polnischen Volkspartei den in der Geschichte Polens bis jetzt unerhörten Mord, den der erste Präsident des unabhängigen Polens, Karutowicz, durch die Veranlassung für das unschuldig vergossene Blut für die Schandtat des Rufes des polnischen Volkes, und für die daraus für den Staat entstehenden Schäden, fällt nicht nur auf den Mörder sondern auch auf die, die die verbrecherische Atmosphäre in der öffentlichen Meinung vorbereiteten.“

Der Byzopolenklub erklärt: „Die Byzopolenfraktion im Sejm und im Senat brandmarkt mit äußerster Entzückung den an der Person des ersten Präsidenten der Republik verübten schändlichen Mord. Die Fraktion erklärt zugleich, daß als die moralische Veranlassung der Tat deren Folge ein Bürgerkrieg in Polen sein kann, der verfassungswidrige Standpunkt der Klubs der Rechten und der Presse der Rechten ist, deren verbrecherische Aufregung der Jugend und der Menge den Mord herbeiführte. Die Fraktion erwartet von der neuen Regierung sofortige Untersuchungen, Klärung der sich ausbreitenden Verwirrungen und antisemitischen Organisationen und strengste Verurteilung sowohl der unmittelbar als auch mittelbar Schuldigen.“

Der ukrainische Klub hat folgende Erklärung angenommen: „Der erste Präsident der polnischen Republik, Gabriel Karutowicz, der mit den Stimmen der polnischen Demokratie und den sogenannten Minderheiten gewählt wurde, ist ermordet worden. Dieser politische Mord ist auch ein Echo der Stimmung, die sich gegen uns Ukrainer richtet. Die Artikel der polnischen Presse sind voll von Beschimpfungen und Bemerkungen, die uns nicht als Nation betreffen. Hiermit geben wir der gesamten organisierten polnischen Bevölkerung kund, daß wir in unseren uralten Gebieten die Wahrheit und nicht die Lüge bilden, und daß wir nicht zulassen werden, daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wir wenden uns an unser Volk mit der Aufforderung, Ruhe im Lande zu bewahren, am Parteikampf der polnischen Nation nicht teilzunehmen und alle Kräfte um seine Organisation und rechtlichen Vertreter zu sammeln, in der Überzeugung, daß es ihnen gelingen wird, ihre Rechte und den Namen ihrer Nation zu verteidigen.“ Eine ähnliche Resolution haben auch die Weiskrassen gefaßt.

Der Klub der jüdischen Abgeordneten hat anlässlich der Ermordung des Staatspräsidenten Karutowicz eine Entschuldigungsgefahr, in der der an der Person des höchsten Beamten des Staates verübte Mord aufs schärfste verurteilt und als Folge der reaktionären Tendenzen bestimmt unter polnischen Gruppen erklärt wird. Außerdem hat der jüdische Klub noch eine andere Entschuldigungsgefahr folgenden Inhalts gefaßt: „Der jüdische Klub empfiehlt nach Beschreibung der politischen Lage dem Präsidium, in den Verhandlungen mit anderen Parteien über die Kandidaturen für die Präsidentenwahl darauf zu achten, daß der Kandidat für den Präsidentenposten der Republik die Garantie gibt, daß er der Wächter der Verfassung

Vor der neuen Präsidentenwahl.

Als Kandidaten für den Posten des Staatspräsidenten werden gegenwärtig genannt der Sejmarschall Rataj, der Abgeordnete Dr. Wojciechowski und der Präsident der Akademie der Wissenschaften Kazimierz Morawski. Der Sejmarschall Rataj hat am Montag erklärt, er würde nicht kandidieren. Auch Stanislaw Jamowski gibt bekannt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Kandidatur nicht annehmen würde.

Witos verzichtet.

Die polnische Fraktion stellte ihren Führer Witos als Kandidaten für den Posten des Präsidenten der Republik auf. Witos verzichtete jedoch auf die Erklärung, daß er die Kandidatur unter allen Umständen ablehne. Die Byzopolen-Gruppe will den General Rydz-Smigiel als Kandidaten aufstellen. Während zweimaliger Beratungen zwischen zentralen Vertretern wurden die Kandidaturen Wojciechowski und des Generals Sikorski erwogen. Da jedoch die Byzopolen-Gruppe gegen beide Kandidaten gewisse Vorbehalte machte, sind die weiteren Beratungen vertagt worden. Die Rechte scheint sich über einen eigenen Kandidaten noch nicht einig geworden zu sein. Sie war noch die Antwort der Volkspartei auf den vor der Bildung ihr gemachten Vorschlag einer „polnischen“ Mehrheit für die Präsidentenwahl.

Polens neue Regierung.

Der neue Ministerpräsident.

Der Divisionsgeneral, Chef des Generalstabes, Wladyslaw Sikorski, wurde im Jahre 1881 in Tuszowo (Galizien) geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Larnow; auf dem Bamberger Polytechnikum erhielt er das Diplom als Ingenieur. Nach Ausbruch des Weltkrieges trat Sikorski in die Legionen ein, die durch Pilsudski bei der österreichischen Armee gebildet worden waren, und in diesen verblieb er bis zum Jahre 1918. In diesem Jahre übernahm er die Quartiermeisterfunktion in der Heeresleitung der Gruppe der polnischen Armee und später die Leitung der Operationsgruppe Nr. 1. Nach der Offensive auf Larnow-Byaraz zog sich die Gruppe des Generals Sikorski in vollkommener Ordnung bis auf Bemberg zurück, von wo sie dann nach der Entscheidungsschlacht bis zur Grenze des heutigen Galiziens vordrückte. Im Jahre 1920 zum Heerführer der Gruppe in Polen ernannt, kämpfte Sikorski bei Muzze. Während der bolschewistischen Offensive gegen Warschau wurde er zum Heerführer der dritten Armee ernannt und war in verwickelte Kämpfe mit der Armee Budniyewski verwickelt. Am 1. April 1921 wurde er zum Generalstabschef ernannt und reorganisierte als solcher das polnische Heer.

sein wird, in der die Gleichheit aller Bürger der Republik garantiert wird.“

Der Montag in Warschau.

Der Montag ist in Warschau ruhig verlaufen. Am Abend empfing General Sikorski Vertreter der Presse, denen er erklärte, daß die Aufgabe seiner Regierung darin bestünde, die Lage im ganzen Staate zu beherrschen, die Ordnung aufrechtzuerhalten, ferner die moralische und materielle Entfaltung der Bevölkerung. Der General betonte, daß auf Grund einer von ihm erlassenen Verfügung die sozialen Organisationen entworfen werden. Darauf appellierte er an die Presse, der Regierung bei der moralischen Entfaltung zu helfen und gegenseitige Invektiven und Beschuldigungen zu vermeiden. Die verbreiteten Gerüchte von einem Rücktritt des Generals Sikorski sowie von angeblichen Personenswechseln innerhalb der Generalität entbehrten nach der Versicherung des neuen Ministerpräsidenten jeder Grundlage.

Verhaftungen.

Am Sonntagabend wurden in Warschau mehrere Offiziere verhaftet, darunter der Oberst Mobeleski, der Hauptmann Malinowski und der Leutnant Sierocinski, die zu den nächsten Mitarbeitern des Generals Haller gehören sollen. Am späten Abend wurde im „Hotel Angielski“ der Oberst im Generalstab Dowogno-Solich verhaftet.

Personalveränderungen bei den Warschauer Sicherheitsbehörden.

Minister Darowski veranlaßte den Regierungskommissar für die Stadt Warschau, Poczta, einen vorläufigen Urlaub zu nehmen und übertrug die Leitung des Kommissariats dem früheren Regierungskommissar Franciszek Anus. Die Leitung des Departements der öffentlichen Sicherheit im Innenministerium wurde an Stelle des Direktors Urbanowicz, der von seinem Posten entbunden wurde, dem Oberst Wajer übertragen. An die Stelle des von seinem Posten entbundenen Wajer tritt der Podprokurator des Warschauer Bezirksgerichts Jazgorski, an die Stelle des von einem Posten entbundenen Chef der Presseabteilung Raskowski der Hauptmann Libicki.

Ausnahmezustand in Warschau.

Die am Montag erscheinende Nummer des „Dziennik Wlasy“ enthält die Verordnung, durch die über Warschau der Ausnahmezustand verhängt wird.

Gegen die Verbreitung beunruhigender Gerüchte.

Das Regierungskommissariat für die Stadt Warschau hat den Befehl ausgegeben, alle Personen zu verhaften, die Nachrichten verbreiten, die darauf berechnet sind, die Gemüter aufzureizen. Die voreiligen Schlägen der Verdächtigen werden angeordnet, keinen Verurteilungen der Unfriede zu tun, Gebot zu schenken, und den Sicherheitsorganen solche Personen anzugeben, die sich der Verbreitung von beunruhigenden Gerüchten schuldig machen.

Beileidsbezeugungen ausländischer Regierungen.

Der Präsident der Republik Frankreich übersandte dem Sejmarschall folgende Kondolenzbezeugungen: „Herrn Sejmarschall Rataj, Warschau. In äußerster Empörung über den unbegreif-

Werden die Juden mitwählen?

In den Wandelgängen des Sejm hat sich das Gerücht verbreitet, die jüdischen Abgeordneten werden sich an der neuen Präsidentenwahl nicht beteiligen. Demgegenüber will der Warschauer Berichterstatter des „Dziennik Pogl.“ wissen, daß innerhalb der jüdischen Fraktion zwei Gruppen vorhanden sind. Die eine ist der Ansicht, daß die jüdischen Abgeordneten sich ihrer Pflicht, bei der Wahl des Staatspräsidenten mitzuwirken, nicht entziehen dürfen. Die andere steht auf dem Standpunkt, daß wenn ein Präsident der Republik, der von den Juden mitgewählt worden sei, schon darum als ein zum Tode Verurteilter gelten müsse, die Juden sich schon aus humanitären Rücksichten der Stimme würden enthalten müssen.

Die Einberufung der Nationalversammlung.

Die Sejmabgeordneten und Senatoren erhielten am Montag ein Schreiben des Sejmarschalls folgenden Inhalts: Auf Grund des Art. 41 des Gesetzes vom 17. März 1921 über die Verfassung der Republik Polen berufe ich die Nationalversammlung auf Mittwoch, den 20. Dezember d. Js., 12 Uhr mittags, in den Beratungssaal des Sejm und des Senats der Republik Polen. Der Vorsitzende der Nationalversammlung, Sejmarschall Rataj.

Dem Kabinett Sikorski

gehören jetzt folgende Männer an:

Ministerpräsident und Inneres: General Wladyslaw Sikorski.
Außeres: Alexander Strzaski, bisher polnischer Gesandter in Rumänien.
Finanzen: Jzgumt Jastrzebski.
Kultur: Prof. Joseph Mikulowski-Pomorski.
Krieg: Generalleutnant Kazimierz Sosnkowski.
Justiz: Professor Backaw Rakowski.
Arbeit und öffentliche Fürsorge: Ludwig Darowski.
Öffentliche Arbeiten: Prof. Jan Popuszanski.
Eisenbahn und Verkehr: Ludwig Jagorzyński-Marynowski.
Handel und Industrie: Genrl. Straßburger.
Landwirtschaft: Dr. Jan Raczynski.
Gesundheitswesen: Dr. Witold Chodzko.

Sämtliche Minister gehörten bereits dem Kabinett Rataj, einige — vor allem der Kriegsminister Sosnkowski — bereits früheren Regierungen an. Neuernannt wurden die politisch bisher unbekannten Leiter des Kultusministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten.

lichen Anschlag, dessen Opfer der Präsident der Republik wurde, spreche ich Ihnen mein Mitgefühl aus zu dem schweren Verlust, den Polen erlitten hat. Millerand.“

Der Präsident des Ministerrates erhielt vom französischen Ministerpräsidenten Poincaré ein Telegramm folgenden Wortlauts: „Der tragische Tod des ersten Präsidenten der Republik Polen hat die französische Regierung tief bewegt. Ich bitte Sie, allen Ihren Kollegen im Ministerrat den Ausdruck unseres aufrichtigsten Mitgefühls zu übermitteln. Die Regierung der Republik Frankreich nimmt an der Nationaltrauer Polens vollen Anteil. Poincaré.“

Das Außenministerium empfing am Sonntag und am Montag eine ganze Reihe von Beileidsbesuchen der in Warschau akkreditierten diplomatischen Vertreter; u. a. erschienen der Vertreter der Vereinigten Staaten Gibbon, der italienische Gesandte Tomassini, der deutsche Gesandte Rauscher, der belgische Gesandte Esdaille, der spanische Gesandte Aguerre, der rumänische Gesandte Floresca, der Vertreter Finnlands Ekstrom, der schwedische Gesandte Simic, der schwedisch-polnische Gesandte Maz, der schwedische Geschäftsträger Kottig, der russische Geschäftsträger Lorenz, der japanische Bevollmächtigte Kawakami, der Vertreter Dänemarks Arnstedt, der Vertreter Englands Mac Miller, der französische Gesandte Panafieu, der griechische Geschäftsträger Rabnoudis und der ukrainische Geschäftsträger Possidowski.

Deutsche Pressestimmen zur Ermordung Karutowicz.

Der Warschauer Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ berichtet über die Ermordung Karutowicz seinem Blatte folgendes: „Mit raffinierter Überlegung hat die Rechte in Polen reichlich vorhandenen antisemitischen Instinkte aufgefächert, um den ganzen Haß, der die Juden frist, auf die gesamten Minderheiten und damit auch auf die Linksparteien übertragen zu können. Der maßlose Haß übertrug sich auch auf Karutowicz, der zum jüdischen Präsidenten gestempelt wurde. Er wurde zum Deutschenfreund und noch mehr, zum Verräter Polens an Deutschland ausgerufen, weil er im Jahre 1917 in einem Briefe an die „Neue Züricher Zeitung“ dargelegt hatte, daß Polen mehr von Deutschland und Österreich erwarten könne, als von der Entente, die bis dahin nur Versprechungen gemacht habe. Trotzdem war der Ermordete ein absoluter Pole, und in einer längeren Unterredung, die wir vor einigen Wochen mit ihm hatten, machte er aus seinem rein polnischen Standpunkt nicht den geringsten Geh. In der ersten Zeit seiner Tätigkeit als Minister des Innern hat er z. B. in den Danziger Fragen eine schärfere Stellung eingenommen, als sein Vorgänger.“

Die „Danziger Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Ein neues Opfer des Mordwesens“:

Die Verwirrung aller Moralbegriffe scheint Gemeingut der politischen Fanatiker aller Länder zu sein. Jeder, der die alleinige Vaterlandsliebe für sich gepachtet zu haben glaubt, macht sich das Räderwerk an — gegen alle, die der nationalen Sache, wie sie sich in seinem Gehirn malt, schädlich dienen. Diesem Wahnsinn ist jetzt auch der erst vor acht Tagen erwähnte neue Präsident der polnischen Republik Gabriel Karutowicz zum Opfer gefallen. Außer dem menschlichen Mitgefühl mit der sympathischen Erscheinung des ermordeten Staatsmannes, der, in der Mitte der fünfzigsten Jahre stehend, seine angesehene Stellung als Professor an

einer Schweizer Hochschule aufgegeben hat, um in der lang entbehrten Heimat seinem Volke zu dienen, und neben dem Abscheu über die verbrecherische Tat wird auch die lebhafteste Besorgnis über die nächsten Schicksale des polnischen Reiches, mit dem der Freistaat durch starke Momente wirtschaftlicher Interessengemeinschaft verbunden, nachgerufen.

Das polnische Volk hat sich am 5. November in seiner großen Mehrheit für eine demokratische Regierungsform ohne nationalistische Übertriebenheiten ausgesprochen. Die Wahl von Narutowicz zum Staatspräsidenten — zustande gekommen nicht so sehr, weil man in ihm eine überragende Staatsmännliche Energie und den gegebenen Exponenten für den Willen des polnischen Volkes sah, als vielmehr, weil es an einer solchen repräsentativen Persönlichkeit fehlte und man sich in der Verlegenheit auf den geachteten Namen des bisherigen Außenministers einigte — gab den Nationalisten Anlaß zu beständigem Toben. Es gelang dem abtretenden Kabinett Novak nur unter Aufbietung der äußersten Energie und nach Ausschiffung unzähliger Persönlichkeiten aus verantwortungsvollen Stellen, die Ruhe fürs erste wiederherzustellen; da wirt der tödliche Schuß eines exaltierten Konatilers wieder alles über den Haufen und droht aufs neue die Fackel des Bürgerkrieges in dem seiner inneren Konsolidation so dringend bedürftigen Staate zu entzünden.

Wo der Mörder politisch hingehört, wer hinter ihm steht, wer um die Tat gewußt und sie unterstützt hat, das alles ist im Augenblick noch völlig ungeklärt. Es fehlt natürlich nicht an Stimmen, die sofort versichern, daß Niemcewicz nur ein Sonderling sei, für den niemand verantwortlich ist; es wird ihm sogar, im Zusammenhang mit einem Straßenbahnunfall, den er im Jahre 1918 erlitten hatte, die geistige Zurechnungsfähigkeit abgesprochen. Die Instrumente sind bekanntlich immer minderwertig und niemand ist mitschuldig — aber überall zeigt sich das gleiche Bild, daß diese minderwertigen Instrumente immer dann ihre unheilvollen Taten vollbringen, wenn die intellektuellen Führer der extremen Parteien die politische Führe auf die Spitze treiben und durch die maßlose Gefährdung ihrer Agitation die Geister aufpeitschen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Die drei Schüsse, die den neuen Präsidenten der polnischen Republik, Narutowicz, gestirnt niederstreckten, erschellen blühtig die gewitterschwüle innerpolitische Situation Polens. Narutowicz war erst in diesen Tagen von den Parteien der bürgerlichen Mitte und der nationalen Minderheiten gegen den Rechtsblock gewählt worden. Als ein Anhänger und Parteigänger des früheren Präsidenten Pilsudski hatte, er von vornherein mit der schärfsten Opposition der Rechten zu rechnen, die sich nicht scheute, sofort nach seiner Wahl die Strafe gegen ihn mobil zu machen. Merkwürdigerweise versagte bei diesen putzschützlichen Straßenkumpanen der Warschauer Polizeichef, der deswegen denn auch in den Anklagezustand verhaftet wurde. Als dann die Sozialdemokratie die Arbeiter zu einem 24stündigen Generalstreik aufrief, um dem Terror der Rechtsparteien ein Paroli zu bieten, wurden in einem Aufruf des Rechtsblocks die Manifestationen jäh abgebrochen, noch ehe sie einen gefährlichen Charakter annehmen konnten. Nun hat ein Einzelner sich selbst zum Vollstrecker jener terroristischen Politik des Rechtsblocks aufgeworfen und den Präsidenten ermordet. Die ganze oeffentliche Welt wendet sich voll Abscheu von dieser Missetat ab. Wir wollen aber hoffen, daß der Mord die übertriebene politische Atmosphäre klären und dem polnischen Volke die Augen darüber öffnen wird, welche ungeheuren Gefahren in jener Verheerung liegen, die, um die nationalpolitischen Instinkte immer von neuem anzufachen, alle diejenigen Politiker verfeuert, die auch nur die geringsten Berührungspunkte mit den nationalen Minderheiten, vor allem mit den Deutschen und den Juden, zu haben scheinen. Deutschland und Polen verhandeln gegenwärtig über die Herstellung normaler handelspolitischer Verhältnisse. Wir wünschen, daß die ohnehin schwierigen Verhandlungen durch den furchtbaren Warschauer Gewaltakt nicht gestört werden möchten.“

Französische und italienische Pressestimmen.

Die gesamte französische Presse drückt ihr Bedauern über den am Präsidenten der polnischen Republik verübten Mord aus.

„Le Journal“ schreibt: „Präsident Narutowicz war ein Mann von sehr ausgeprägtem Charakter, dessen bewundernswürdige Unparteilichkeit dazu geführt hätte, daß die durchgemachten Krisen vergessen worden wären, wenn nicht der Tod auf eine tragische Weise sein Leben, das für Polen so nützlich war, beendet hätte.“

„Petit Journal“ stellt fest, daß Präsident Narutowicz ein guter Europäer von weitgehender liberaler Denkfähigkeit war. Deshalb sei es nicht zu verwundern, daß die öffentliche Meinung in Warschau den verübten Mord mit der lebhaftesten Entrüstung aufgenommen hat. Das Verbrechen sei schrecklich und unsinnig.

„Journal des Débats“ sieht die Ermordung des Präsidenten Narutowicz als eine Wahnsinnstat und nicht als einen

politischen Akt an und drückt die Gewißheit aus, daß nach kurzer Zeit Beruhigung eintreten wird.

Die italienische Presse bespricht die Ermordung des Präsidenten der Republik Polen mit Entrüstung und hebt die besonderen persönlichen Vorzüge des Erschossenen und seinen Patriotismus hervor. Viele Blätter geben am Schluß ihrem tiefen Mitgefühl für Polen Ausdruck und gedenken der lebhaften Sympathie und Freundschaft zwischen Italien und dem polnischen Volk.

Wojewodschaft Schlesien.

Das obererschlesische Valutaproblem.

Der Katowitzer Sonderberichterstatter der „Dtsch. Allg. Mtg.“ schreibt seinem Blatte: Durch die Presse gingen letzter Tage Meldungen, die besagten, Polen habe von seinem ihm im Senfer Abkommen zugesicherten Recht Gebrauch gemacht und die deutsche Valuta in Oberschlesien aufgekündigt. In dieser Form ist die Nachricht unzutreffend; es bestätigt sich aber, daß die Valutakommission des Sejm in der Tat einen Antrag an die polnische Regierung gestellt hat, diese möge die deutsche Valuta zu nächstmöglicher Frist aufkündigen.

Die Gründe? In der Hauptsache wohl Gefühlsmomente. Ein Beispiel: In der Besprechung dieser Frage stand, nachdem maßgebende Wirtschaftsführer eindringlich vor einem baldigen Valutawechsel gewarnt hatten, ein kongreßpolnischer Industrieller auf und erklärte, auf die Gefahren eines Valutawechsels für die kongreßpolnische Industrie infolge der dann eintretenden Überlegenheit der obererschlesischen Industrie aufmerksam gemacht: „Und wenn meine sämtlichen Werke zugrunde gehen...“

Gegen einen Valutawechsel ist ausnahmslos die ostoberschlesische Montanindustrie. Für Einführung der polnischen Währung steht sich fast geschlossen ein das kongreßpolnische und ostoberschlesische Staatsbeamtentum, das durch Einführung der Polentmarz finanzielle Vergünstigungen erwartet, und das die deutsche Währung auch aus nationalpolnischen Gesichtspunkten als eine Art deutscher Propaganda betrachtet. Für einen Valutawechsel sind ferner gewisse Arbeiter- und Angestelltenkreise, die dann die gleichen (höheren) Löhne erhalten zu können hoffen, die z. B. im Dombrowaer Gebiet gezahlt werden.

Als politischer Faktor von Bedeutung steht hinter dem Valutawechselantrag der Korant-Bloch, der rein nationalitätsantideutsch eingestellt ist. Auch den Kanaklern dieser Parteien gegenüber sind alle wirtschaftlichen Vernunftgründe amorph. Auf die unbedingt eintretenden Folgen einer ungezügelmäßigen Valutawechselanfrage aufmerksam gemacht: Abschlusssatzung in der obererschlesischen Montan-Exportindustrie — daraus folgender Arbeiterentlassungen, mithin Arbeitslosigkeit — in solchen Fällen als wahrscheinlich voraussetzenden Tumulten —, die lakonische Antwort: „... dann werden wir Arbeitslosenunterstützung zahlen.“

Die Gegenkräfte, die die obererschlesische Industrie und die jeder wirtschaftlich Denker gegen den beschätzigen Valutawechsel ins Feld führt, sind zu einleuchtend, zu unabweisbar, zu meistkräftig, um durch polternden Chauvinismus erlegt werden zu können. Ein Zahlenbeispiel, das die obererschlesischen Industriellen veranlaßt hat, in einer von dem Volkswirtschaftler Prof. Fudner-Katowicz ausgearbeiteten Denkschrift ihrerseits maßgebendes Mitbestimmungswort in der Währungsfrage zu fordern. Die obererschlesische Montanindustrie beschäftigt 208 579 Arbeiter und 8550 Beamte, zusammen also 217 129 Personen; rechnet man auf einen Familienvater im Durchschnitt 3,5 Familienangehörige — eine für obererschlesische Verhältnisse gering angenommene Zahl —, so ergibt sich von der von der Montanindustrie lebenden Personenzahl das folgende Bild: Familienhäupter 128 000, Angehörige 448 000, ledige Arbeiter und Beamte 89 000, insgesamt 665 000.

Die Gesamtbevölkerung des an Polen abgetretenen Teils beträgt etwa 900 000 bis 1 010 000 Köpfe. Die obererschlesische Montanindustrie ernährt also über 60 bis 65 v. H. der Bevölkerung; in diesem Prozentsatz sind die von der Montanindustrie gelieferten Verufe noch nicht eingerechnet. Diesen für obererschlesischen Wirtschaftsleben entscheidenden Wirtschaftsfaktor aus rein gefühlsmäßig-nationalistischen Momenten negieren wollen, hieße volkswirtschaftlich: Prebel treiben und auf Zusammenbruch hinarbeiten, sozial: ein arbeitames Volk aus unbegründeten Prestigegegründen zu schädigen.

Soweit das deutsche Blatt. Wessen der polnische Chauvinismus fähig ist und zu welchen Wahnsinnszuständen er führt, das hat die jüngste Schredenstat in Warschau bewiesen. Nur sollte

man erwarten, daß die Leute der Wirtschaft mehr feilsche Widerstandskraft gegen solche Einflüsse zeigen als ein Künstler, der, wie Niemcewicz, sich abnorm leicht erregbar zeigt.

Doppelbesteuerung im obererschlesischen Güterverkehr.

In letzter Zeit mehrten sich die Klagen im obererschlesischen Industriebezirk darüber, daß die Unternehmungen sowohl in Deutschland als auch in Polen zur Besteuerung herangezogen werden. Da viele Unternehmungen im deutschen und im polnischen Teile ihre Geschäftsstellen haben und selbst die großen Werke, die schon juristisch eine Teilung vorgenommen haben, rein verwaltschaftlich ihre Betriebe meist gemeinsam auf deutschem Boden verwalten lassen, läßt sich eine Trennung schwer durchführen, so daß kaum zu entscheiden ist, in welchem Teile die eigentliche Besteuerung stattfinden müßte. Um diesem Mißstande abzuhelfen, hat der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Gleiwitz im Oktober und November je eine Eingabe an die deutsche Reichsregierung gemacht. Man hat den Abschluß eines Staatsvertrages mit Polen, der die Doppelbesteuerung regeln soll, und wie er ähnlich schon mit der Tschechoslowakei besteht, vorgelegt und auch grundlegende Anregungen für die Wertschätzung des Bergbaues gegeben. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß dieser Plan nunmehr zur Ausführung gelangt, damit die wirtschaftlichen Kaden, die noch nach polnisch-oberschlesischen Hinterbüßungen, nicht durch die Errichtung solcher Schmierlocher zerfallen werden.

Die Lage des polnischen Stickstoffwerkes Chorzow.

Das deutsche Kalkstickstoffwerk in Chorzow (O.SchL), das eine Kapazität von 150 000 Tonnen Gesamtmenge hat und auf schlesischem Steinkohlenstrom steht, ist alsbald von der polnischen Regierung mit Beschlag belegt worden. Jetzt aber hat sich nach der Meldung des Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ in Berlin ein mit ausdrücklichen Vollmachten des polnischen Staates ausgestatteter Vertreter aufgeschlossen und wegen Bildung einer Kartellschicht mit deutschem Geld für die Weiterführung von Chorzow Verhandlungen geführt, und zwar an mehreren Stellen: mit landwirtschaftlichen Organisationen, Elektrizitätsfirmen, im Stickstoffhandel und auch mit Hamburger Stickstoffexporteuren. Ob seinen Bemühungen ein Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Es ist doch nicht so leicht, ohne Deutschland auszukommen.

Polen und Rußland.

Eine Erklärung des Kadettenführers Miljutow.

Die „Rzeczpospolita“ bringt ein Pariser Telegramm folgenden Inhalts: Kürzlich fand sich im „Temps“ ein Danziger Brief, in dem eine russische Persönlichkeit, die der ehemaligen russischen Kadettenpartei angehörte und gegenwärtig in Danzig weilt, sich über eine Gefinnungsänderung innerhalb der russischen Emigranten von der Richtung der Kadetten ausspricht. Die ungenannte russische Persönlichkeit in Danzig ist zu der Überzeugung gelangt, daß Polen in Osteuropa eine wichtige Rolle spielt und daß der Standpunkt Rußlands ihm gegenüber, sowie auch sein Verhältnis zu Deutschland und Frankreich geändert werden müsse. Rußland müsse sich mit dem Rigaer Vertrag veröhnen, auch für den Fall, daß dort wieder eine bürgerliche Regierung eingerichtet wird. Rußland müsse ein französisch-polnisch-russisches Bündnis schließen und ein Ende machen mit der germanophilen Politik.

Zwei Tage nach dem Erscheinen dieses Aufsatzes brachte der „Temps“ eine Antwort Miljutows, des Außenministers unter Kerenski und gegenwärtigen Hauptes der Kadettenpartei. Er protestiert heftig gegen die Äußerungen des Danziger Russen und meint, derjenige sei ein schlechter Russe, der sich mit dem Rigaer Vertrag veröhnen wolle. Er selbst sei als Außenminister der erste gewesen, der für die Unabhängigkeit Polens eintrat. Gegenwärtig aber hält er Polen für eine Gefahr für Osteuropa und prophezeit nichts Gutes für die künftigen Beziehungen zwischen Polen und Rußland. Das polnische Regierungssystem, so gibt die „Rzeczpospolita“ Miljutows Worte wieder, wurzelt mit seinem Geiste im Mittelalter, da es rückwärts gegen die russische Sprache und die russischen Schulen in seinen Ostprovinzen vorgeht. In den Ostprovinzen, die Polen zugesallen sind, wird eine russisch-polnische Politik getrieben. Unter diesen Umständen kann keine Rede sein von einer geistigen Annäherung zwischen Rußland und Polen. Miljutow teilt nicht die Ansicht, daß ein französisch-polnisch-russisches Bündnis geschlossen werden müsse. Eine Teilnahme Polens an einem etwaigen russisch-französischen Bündnis sei für Rußland nicht zu ertragen. Polen wird immer Gegenstand und Vorwand von Streitigkeiten in Europa sein. Die polnische Politik habe die Russen sehr enttäuscht. Die Befürchtung des Danziger Berichterstatters, daß Rußland durch Deutschland beherrscht werden könnte, bezeichnet Miljutow als

„Gut. Aber noch eins: Denken Sie nicht etwa, wenn Sie da in Ihrem Poserudel oder Kyrih an der Kanter sitzen, daß Sie eines Tages, wenn lässig Gras über die Sache gewachsen ist, aufstehen könnten von dem Kawaß des Gesandten von Timbuktu und was es für ein Rindvieh gewesen ist, Sie wieder auf die Menschheit loszulassen. Versuchen Sie: Diktun mit geographischen und anthropologischen Daten. Sie würden das bitter am eigenen Leibe zu bereuen haben, Herr, auch wenn Sie tausend Meilen von hier fort sind.“

„Ich verspreche alles, ja, ach ja.“

„Gut. Das genügt uns. Und jetzt muß ich zu Monsieur.“

Der Kawaß wandte sich rasch dem anderen Opfer zu, das erst glückselig überrollt, dann neidvoll und verständnislos dem Gespräch zugehört hatte, weil es in dem Besucher den biederer hinterpommerschen Diener vermutete. Die Laute der eigenen Muttersprache erschienen daher Monsieur, wie sie so urplötzlich erklangen, als wahre Enkelmusik in dieser Nacht der Trübsal. Er wollte sofort losknattern, aber ein paar seltene Grobheiten im Brustton tiefer Ueberzeugung schnitten ihm sofort den Faden ab und ließen ihn kleinlaut werden, zumal die Anrede im reinsten Französisch gegeben war: Wo kam dieses Wunder in finsterner Nacht her? Der Kawaß zog hier denselben Strang, aber er konnte es sich nicht versagen, obendrein auch noch ein paar bide Blasen gallischer Aufgeblasenheit und Scheinkultur aufzustoßen, die dem pyramidenartigen Pariser doppelt sauer wurden. Bei Monsieur kam das Temperament eher durch, aber es erhielt auch gleich seinen Dämpfer.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— Heinrich Vogeler, der Weyßweber Maler, vollendete am 12. Dezember sein 50. Lebensjahr. Der Künstler, der aus Bremen stammt und an der Düsseldorfer Akademie bei Jansen und Kampff seine Ausbildung erhielt, zog 1894 nach Weyßweber hinaus und wurde damit der Begründer der Künstlerkolonie in dem schon gelegenen Weyßweber. Nach der Revolution wurde der Name des Künstlers viel genannt, da er sich zum Komunisten bekannte, wobei er freilich jede Anwendung von Gewalt verdammt.

Amerikanisches Copyright 1920 bei Carl Duncker, Berlin.

Sidi Marik.

Roman von L. vom Bogelsberg.

(24. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Mord ist hier kein Kapitalverbrechen, sondern ein beliebter Sport. Hier gibt's nur eine Sache, auf die der Tod steht und zwar der Tod in Gestalt von Frisasse: das ist der Einbruch in ein Frauengemach.“ Ein dumpf gurgelnder Laut quoll aus dem Dunkel, der fast in ein Geheul übergehen zu wollen schien.

„Na, tun Sie mal nicht so,“ kam die freundliche Mahnung. „Sie haben doch sicher nichts derartiges auf dem Korbholz.“

„Doch...“

„Doch? Mmm, lieber Herr...!“

„D Gott...“ Und wie unter einer plötzlichen hellen Erleuchtung rief Herr Theobald Kronenstein auf einmal jauchzend: „Aber der Gesandte, der Gesandte — der Vertreter unserer Macht...“

„Unser Gesandte, meinen Sie? Mm, der ist hier nicht zuständig. Eine Reichskommission arbeitet schon siebzehn Jahre an der Abgrenzung der Zuständigkeitsbezirke. Sie ist aber bald fertig, denn es handelt sich nur noch um einen strittigen Streifen von einem Viertelmeile, der mitten durch dieses Ziel geht. Angerechnet. Daran können Sie sehen, mit welchen Deuten Sie es zu tun haben. Ihr Kopf mit dem Pannkuchen ist also nach Timbuktu zuständig. Ihre Füße nach Kassambara und Ihr Bauch bleibt vorläufig neutral.“ Kronenstein überhörte die letzte schnoddrige Bemerkung.

„Sie haben wohl noch Gesellschaft?“ meinte der Kawaß plötzlich.

„Ein Franzose,“ warf Kronenstein leicht hin, „er versteht kein Wort deutsch.“

„Schade,“ meinte der Kawaß, „und was hat diesen Herrn hierhergebracht.“

„Ich weiß es nicht,“ log Theobald Kronenstein frank und frei.

„Meinetwegen. Geht mich auch nichts an. Eins will ich Ihnen noch sagen, Herr: Verbusten Sie möglichst bald,“ sagte der Kawaß trocken.

„Das tue ich, das tue ich. Aber...“

„Allerdings, zwei, drei Tage werden vielleicht noch darüber hinhängen, und diese Zeit werden Sie hier in stiller Zurückgezogenheit verbringen.“ Der Walzwerksbesitzer suchte wie gestochen aufzufahren.

„Aber Herr — Herr Kawaß! Hier in diesem Loch?“

„Sieher Herr,“ meinte der Kawaß belehrend, „seien Sie froh daß Sie das blanke Leben haben. Und außerdem habe ich noch eine Bedingung zu stellen: Sie erzählen nicht, wo Sie gewesen sind!“

„Wo werde ich?“ Nie hatte Herr Kronenstein eine wahrere Versicherung gegeben, wenn es auch nur ein Buchstid war.

„Das glaube ich schon, daß Sie nichts von der Rauberei mit dem Pannkuchen erzählen werden; er hat ja auch seinen Zweck so erfüllt. Aber das können Sie meiner wegen am heimatischen Stammtisch erzählen. Im übrigen aber: Sie sollen niemandem — hören Sie: niemandem! — eine Schilderung von Land und Volk, wie Sie es hier getroffen haben, geben, auch keine Andeutungen machen — hören Sie! Und unbedingt haben Sie dafür zu sorgen, daß niemand Ihrer Reisegeheimnisse das Gekot verleiht.“ Ein tiefes Schweigen folgte diesen Worten. Dann meinte Herr Kronenstein kleinlaut: „Aber meine Frau...“

„Ihre Frau geht mich nichts an, glücklicherweise. Sie sind mir verantwortlich.“

„Ich kann's ihr nicht befehlen, das geht nicht. Herr — Herr Kawaß, schmiß Kronenstein heroisch hin.“

„Schön. Dann werde ich Ihrer Gattin meine Vermutung über die Herkunft des Gipsverbandes in Ihrem Bart mitteilen.“ Wie das entsetzte „Gugh“ einer erstaunten Rothaut quoll es vom Boden auf.

„Lösen Sie mich lieber gleich...“

„Also, Sie versprechen?“

„Ja, ja, ja!“

eine sehr ungeschickte Drohung. — Die scharfen Worte des russischen Admittanten sollten den polnischen Chauvinisten zu denken geben. Wenn einmal das Sowjetregime in Rußland gestürzt werden sollte und die bürgerlichen Emigranten heimkehren, um eine neue Regierung zu bilden, dann wird sicherlich Pilsudski in dieser Regierung eine leitende Stellung einnehmen. Die polnischen Nationalisten aber haben durch ihre Unterdrückungspolitik schon von vornherein die nationalen Gefühle der Russen beleidigt, die doch ebenso berechtigt sind, wie die der Polen, und können dann nicht auf eine freundliche Haltung der russischen Regierung rechnen. Das sind die Früchte der unverantwortlichen Dekapitulation der Syane, von der sich leider auch die von ihrer Agitation eingeschüchterten sog. „Linken Regierungen“ in Polen bisher beeinflussen ließen.

Lloyd Georges Angriff auf die französische Politik.

Wie schon am vorigen Sonntag, so bringt die Bestpreffe, in Deutschland nur die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, wieder einen Aufsatz Lloyd Georges, überschrieben: Eine Antwort an Herrn Poincaré. Lloyd George hatte in seinem ersten Artikel festgestellt, daß es in Frankreich eine starke Partei gäbe, die im Rhein die natürliche Grenze dieses Landes sehe. Demgegenüber hatte Poincaré behauptet, daß es eine solche Partei überhaupt nicht gäbe und niemand in Frankreich etwas von ihr wisse. Lloyd George erklärt, daß er bei seiner Behauptung bleibe, und bringt für sie die Beweise. Es habe tatsächlich eine starke Partei gegeben, die den Rhein für die einzige natürliche Grenze Frankreichs erachtete, und diese Partei habe noch immer Anhänger. Diese starke Partei habe einen starken Führer gehabt: Marshall Foch. Dieser habe als siegreicher Feldherr eine außerordentliche Stellung im Ansehen der Nation besessen. Außerdem sei er ein wirkungsvoller Redner gewesen. Er habe sehr viel über die Rheinfrage geäußert. Lloyd George führt ein Interview mit Marshall Foch an, das am 10. April 1919 in den „Times“ erschien, in dem Foch forderte, daß Frankreich, nachdem es den Rhein erreicht habe, dort bleiben müsse. Marshall Foch sehe seine Aufgabe noch eingehender in einem amtlichen Memorandum auseinander, das er als Stabskommandierender der alliierten Armeen Clemenceau unterbreite, und wiederholte die Forderung in einem späteren Memorandum. In die friedliche Arbeit der Friedenskonferenz im Mai 1919 sei Foch immer stürmisch eingegriffen, immer mit diesem Plan beschäftigt. Sein politischer Einfluß sei so groß gewesen, daß er noch 1920 den stärksten Staatsmann Frankreichs zu Fall brachte, einen Monat nachdem er mit gewaltiger Mehrheit im Parlament aus den Wahlen hervorgegangen war. Ohne Marshall Fochs Eingreifen wäre Clemenceau heute Präsident der französischen Republik. Der Zorn des Marshalls war um so heftiger gegen Clemenceau entbrannt, weil dieser unter dem Druck Englands und Amerikas die vereinbarte Rheinpolitik aufgegeben hatte. Männer von solch verschiedener Art und Leistung, wie Franklin Drouin und Lardieu, unterstützen die Forderungen, daß das Rheinland von Deutschland abgeschnitten werden sollte. Später beim Empfang anlässlich der Wahl des Marshalls Foch zum Mitglied der Akademie wandte sich Poincaré in seiner Rede an einen Augenblick direkt an Foch und sagte mit Bezug auf dessen wohlbelannte Stellungnahme zum Friedensvertrag: „Ach, Herr Marshall, wäre man nur Ihrem Rat gefolgt!“ Lloyd George fragt nochmals, ob Poincaré jetzt von einer so emphatisch verkündeten Auffassung zurückgetreten sei. Zum Schluß weist Lloyd George noch den Einwand zurück, daß Frankreich die linksrheinischen Provinzen nicht habe annektieren, sondern zu einer unabhängigen Republik machen wollen. Diese Unabhängigkeit wäre keine gewesen, denn alle deutschen Beamten sollten entfernt und die Provinzen durch besondere Maßregeln vom Wirtschaftsleben Deutschlands losgelöst werden. Die Rheingrenze sollte durch französische Truppen besetzt und die jungen Rheinländer in die französische und belgische Armee gesteckt werden, damit sie gegen ihre eigenen Landsleute auf der anderen Seite des Rheins kämpften. Die bloße Forderung, daß in Frankreich mächtige Einflüsse sich noch immer für diese Forderungen einsetzen und jede Entlassung dazu benutzten, auf dieses Ziel hinzuwirken, zeige, wie unermüdlich alle Wähler, denen die Wohlfahrt der Menschheit am Herzen liege, auf der Hut sein müssen. Zum Schluß erklärt Lloyd George, daß es eine Sinnlosigkeit sei, ihn zu einem Feinde Frankreichs zu stempeln, weil er die internationale Politik seiner derzeit regierenden mißbillige. Während seiner gesamten öffentlichen Laufbahn sei er stets für das Zusammenwirken der französischen und britischen Demokratie eingetreten. Er habe diese Richtung schon vertreten, als er in England Abgeordneter war, dem deutschen Imperialismus zu schmeicheln. Er könne aber nicht so weit gehen, eine Politik zu billigen, die den Weltfrieden gefährdet.

Poincarés Verteidigungsbrede in der Kammer.

In seiner Verteidigungsbrede äußerte Poincaré u. a. folgendes: Das gesamte deutsche Nationalvermögen könne beschlagnahmt werden; der englische und der französische Teil des Vertrages von Versailles wichen nach dieser Richtung leicht von einander ab; aber nach dem Völkerrecht und nach dem Völkergesetz sei das Vermögen des Schuldners immer ein Pfand für den Gläubiger. Frankreich habe niemals den Gedanken gehabt und werde ihn niemals haben, militärische Expeditionen mit militärischem Charakter durchzuführen. Es wolle auch Deutschland keine „Straffaktionen“ auferlegen, aber es wolle in dem Maße bezahlt sein, in dem es möglich sei. Man denke nur daran, im gemeinsamen Interesse der Alliierten den deutschen Reichtum zu konfiszieren. (1) Poincaré unterstreicht das große Interesse, das ein gemeinsames Vorgehen zwischen ihm und Bonar Law mit Mussolini und Zeunis zeitig habe, als man die unannehmbaren Vorschläge zurückwies, die versucht hätten, die skandalösen Profite der deutschen Großindustrie zu konsolidieren. Es sei etwas Wesentliches, daß Deutschland zugegeben habe, daß seine Staatsangehörigen größere Kapitalien ins Ausland übergeführt hätten.

Nach Neben des Royalisten Daubet und Lardieu, die Angriffe enthielten, erwiderte Poincaré nur kurz etwa folgendes: Man wünsche in der Kammer und im Lande neue Methoden; er müsse darauf bestehen, daß die Debatte beendet werde. Die Frage sei nunmehr klar gestellt. Wenn die Kammer die Methoden ändern wolle, müsse sie auch die Regierung ändern.

In der Nachbegründung erhält das Wort der Abg. Forquet, der erklärt, die Vertagung der Londoner Konferenz auf den 2. Januar habe das Reparationsproblem auf ersten Sorge des Landes gemacht. Das Versagen Deutschlands, das doch reich und stark (1) geworden sei, sei die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten Frankreichs. Der Abgeordnete versucht, durch Zahlenmaterial zu beweisen, daß Deutschland seine Zahlungsfähigkeit, die offenkundig sei, verringere, um eine Verabfolgung seiner Kriegsschulden zu erzielen.

Wie man sieht, wollen also die Gegner Poincarés ihn noch überbieten, obgleich man dies kaum für möglich halten sollte. Nach

der Sitzung fand die Abstimmung über das Vertrauensvotum statt, deren Ergebnis wir gestern meldeten.

Die großen „Frisierer“ in dieser Rede.

Zu dieser Rede Poincarés erzählt das Wolffsche Telegraphenbureau von beruher Seite:

Es ist ein Irrtum, wenn Poincaré annimmt, daß für die Reparationsverpflichtungen das deutsche Nationalvermögen kauft. Richtig ist nur, daß der Artikel 248 des Versailles Vertrages die einzige Bestimmung, die hier in Betracht kommt, und zwar sowohl in ihrem englischen wie in ihrem französischen Wortlaut. Deutschland verpflichtet, das Vermögen des Reiches und der Länder, also nur das Staats- und nicht das Privatvermögen, zur Abdeckung der Reparationszahlungen zu verwenden. Der Artikel 248 gibt aber auch, soweit das Staatsvermögen in Betracht kommt, den Alliierten nicht das Recht zu einer Beschlagnahme, also zu einem unmittelbaren Zugriff, sei es in der Form der Errichtung einer Zollgarantie, sei es in der Form irgendeiner Kontrolle der Produktion gewisser Gebiete. Wenn ferner der französische Ministerpräsident es als einen Satz des Völkergesetzes hinstellt, daß das Vermögen des Schuldners ein Pfand für den Gläubiger sei, so ist ein ebenso gültiger Satz der Grundsätze der Sicherstellung der eigenen Lebensnotwendigkeiten. Dies hat der Vertrag von Versailles überdies ausdrücklich anerkannt, indem er den notwendigen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes den Vorrang vor den finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente gibt. Wie weit sich die unmittelbare Verfolgung von Reparationsansprüchen durch die französische Regierung mit den Machtbefugnissen der Reparationskommission in Einklang bringen läßt, ist bei früheren Anlässen hinreichend erörtert worden. Behauptung wäre es, wenn die einschneidende Entwicklung verständlicher Zusammenarbeit beider Teile durch das gewaltsame Eingreifen eines Reparationsgläubigers eine Unterbrechung erleiden würde.

Was die Behauptung betrifft, daß Frankreich bis Ende dieses Jahres bereits 100 Milliarden Francs zu Lasten Deutschlands vorgeschossen habe, so sei nur auf die Ausführungen des Herrn Doumer in der französischen Kammer am 7. November d. J. hingewiesen, in welchen er es als einen Irrtum bezeichnet, daß bereits 90 Milliarden für die verurteilten Gebiete ausgegeben wären; der bis zum 30. Juni d. J. verausgabte Betrag bezifferte sich vielmehr auf 45 Milliarden Francs. Wozu im übrigen zu bemerken ist, daß diese Milliarden in der Hauptsache für Pensionen verwandt und damit dem eigentlichen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete entzogen worden sind.

Der französische Ministerpräsident scheint auch von Pfandlofen Profiten der deutschen Großindustrie gesprochen zu haben. Man braucht diese Profite nur auf die Goldbasis zurückzuführen und sie in Relation zum investierten Kapital setzen, um zu erkennen, wie minimal in Wirklichkeit die Erträge sind. Soweit Wolffs Telegraphenbureau.

Man sollte es nicht glauben, daß der Präsident der französischen Republik in der gegenwärtigen Hauptfrage Europas eine herabsetzende Auffassung der allernötigsten juristischen und wirtschaftlichen Tatsachen zeigen kann. Poincaré scheint sich mehr als schlechter Advokat zu fühlen, der mit Anklagen und Wägen sein Ziel zu erreichen sucht, denn als Staatsmann und hauptsächlichster Mitbestimmer der Schicksale Europas. Wären nun seine „Frisierer“ fähig, sich ein aber was wahrscheinlicher ist, es sich um absichtliche Verdröhnungen der Wahrheit handelt, jedenfalls ist ein solcher Mann unfähig und unwürdig, an der Spitze eines großen Volkes zu stehen. Es wirft ein bedenkliches Licht auf die ganze französische Kammer, daß sie einem solchen Gauner wieder ein Vertrauensvotum erteilt hat. Wenn die Erkenntnis der Wahrheit beim französischen Volke durchdringen wird, dann werden solche Leute wie Poincaré für immer erledigt sein. Aber wann findet sich ein Franzose, der den Mut hat, seinem Volke die Wahrheit zu sagen?

Italienische Kritik an der französischen Reparationspolitik.

Die römischen Blätter geben die Rede Poincarés in der Kammer mit Bemerkungen wieder, die dem Standpunkte der französischen Regierung nichts weniger als günstig sind. „Eco“ und „Messaggero“ schreiben: Wenn es wahr sei, daß Frankreich bereits 100 Milliarden für die zerstörten Provinzen ausgegeben habe, so sei die Frage berechtigt, wie eigentlich diese Milliarden verwertet wurden. Ueber diese Fragen geben aber nicht Andeutungen, sondern sachliche, statistische Belege Angaben handlicher Abrechnungen aus den nördlichen Departements reichlichen Aufschluß. Es sei wohl nicht angängig, für eine Verwirklichung einer so ungeheuren Summe durch politische Lebensbedingungen Deutschlands verantwortlich zu machen und Deutschlands Wirtschaft zur Tilgung einer solchen Schuld heranzuziehen.

Amerikas Warnung an Frankreich.

„Daily News“ schreibt es besteht Grund zu der Annahme, daß die Vereinigten Staaten an Frankreich privat oder öffentlich ihre Ansicht über eine etwaige Besetzung des Ruhrgebietes mitgeteilt hätten. Andererseits besteht kein Grund zu glauben, daß sie sich schon zu einer Anteilnahme an den europäischen Angelegenheiten entschlossen hätten. Was die Unterbrechung einer Wirtschaftskonferenz nach Washington betrifft, so sei es ganz sicher, daß die amerikanische Regierung einen solchen Schritt nicht unternehmen würde, ohne die hauptsächlichsten europäischen Regierungen darüber vorher zu konsultieren. Das sei aber bisher wenigstens in London nicht geschehen.

Die Sicherheit der Besatzungstruppen.

Die Rheinlandkommission hat den Film über die Stagerassacht und den Film „Fremdenlegionär Risch“ beschlagnahmt, weil sie geeignet seien, die Sicherheit der Besatzungstruppen zu beeinträchtigen.

Die Orientkonferenz von Lausanne.

Die Stellung der Türkei zum Minderheitenschutz.

Ismet Pascha beantwortet in Lausanne die Erklärung Lord Curzons Punkt für Punkt. Er sagte:

„Wir haben niemals erklärt, daß wir dem Völkerbund nicht beitreten werden. Wir sind vielmehr dazu bereit, sobald der Friede geschlossen ist. Wir werden dann unsere Ansicht darüber bekanntgeben. Wenn die Türkei sich jedoch in der Frage der Kontrolle des Minderheitenschutzes so sehr empfindlich zeigt, wie Lord Curzon meinte, so läge das eben daran, daß bisher die türkische Souveränität stets unter dem Vorwande der Menschlichkeit mit Füßen getreten worden sei. Die Türkei nehme die Grundsätze des Minderheitenschutzes an, aber nicht unter dem Druck der gestrigen Rede Lord Curzons, sondern in Übereinstimmung mit dem nationalen Pakt. Wir wollen weiter für den Frieden arbeiten. Wenn sich aber trotzdem der Bruch vollzieht und wenn man glauben sollte, daß hierfür die Minderheitenfrage ein passender Vorwand wäre, so sind wir sicher, daß die Wahrheit bald bekanntgegeben wird und daß die Stimmen, die sich zugunsten der türkischen Abordnung erheben, in der ganzen Welt ein Echo finden.“

Ismet Pascha sahle zum Schluß den türkischen Standpunkt folgendermaßen zusammen:

1. Die Türkei ist bereit, nach dem Friedensschluß sich dem Völkerbunde anzuschließen.
2. Sie erkennt die Rechte der nichtmuslimischen Minderheiten auf Grund der von verschiedenen europäischen Staaten erlassenen Grundgesetze an.
3. Sie wird eine Amnestie erlassen.

Lord Curzon betonte in seiner kurzen Antwort den persönlichen Geist, von dem die Worte Ismet Paschas getragen seien. Die Unterkommission wird ihre Sitzung Freitag vormittag beginnen. Nach einer persönlichen Aussprache zwischen Lord Curzon und Ismet Pascha scheint festzustehen, daß der Lösung der Frage der Minderheiten keine großen Schwierigkeiten im Wege stehen und daß man bald zu einer Einigung kommen wird.

Deutsches Reich.

Der Großhandelsindex für die vorige Woche.

Für die Woche vom 9. bis 15. Dezember betrug die Wochenindex der Industrie- und Handelszeitung 1792,92 Punkte, das heißt die dem Index zugrunde gelegten 44 Waren im Großhandel haben das 1793fache ihres Preisstandes gegenüber Ende 1913 erreicht. Die Kaufkraft der Mark auf inländischen Großhandelsmärkten beträgt mithin ein 1793stel ihres Vorkriegswertes. Am Dollarkursniveau der gleichen Woche gemessen, wies die Reichsmark nur noch den 1923. Teil ihres Außenwertes der Vorkriegszeit auf. Der Dollar mittelt sich in Berlin betrug im Wochenindex des 8. bis 15. Dezember 8074 Mark, so daß sich gegenüber dem Durchschnitt der Vormonate von 8031,25 Mark für den Dollar eine Abnahme von 2 vom Hundert erhebe. Dieser Devisenverbilligung gegenüber erhöhte sich der Preisindex der Großhandelsware im Index der Industrie- und Handelszeitung gemäß um nicht ganz 1/2 v. H., so daß sich die Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise, wenn auch nur gering, fortgesetzt hat, obwohl die ausländischen Zahlungsmittel eine nicht unerhebliche Verbilligung erfuhr.

Personalwechsel im Auswärtigen Amt. Wie die Telegraphen-Union von gut unterrichteter Seite erzählt, ist die Ernennung des bisherigen politischen Staatssekretärs im Auswärtigen Amt, Herrn von Daniel, zum preussischen Gesandten in München nunmehr vollzogen. Als sein Nachfolger im Staatssekretariat des Auswärtigen Amtes wird der bisherige Leiter der Abteilung, Freiherr von Malchahn, ernannt werden. Es steht noch nicht fest, wer die Nachfolgerschaft des Ministerialdirektors von Malchahn in der Leitung der Abteilung, die in ihrem vollen Umfange aufrecht erhalten bleibt, übernehmen wird.

Ärzte-Kundgebung über Deutschlands Elend. In der Aula der Berliner Universität vereinigten sich gestern Vertreter der gesamten deutschen Ärzteschaft, der medizinischen Fakultäten und der Behörden des Reiches und der Länder zu einer Kundgebung wegen der Kallage des deutschen Volkes. Nach längeren Ausführungen einer Ärzte nahm die Versammlung eine Entschließung an, in der es heißt: Der Mehrzahl aller Deutschen sind die notwendigen Nahrungsmittel nur noch in völlig ungenügender Weise zugänglich. Die Unterernährung, die Wohnungsnot, der Rohlenmangel, die Unmöglichkeit einer genügenden Körperpflege, Sorgen und Entbehrungen aller Art vermindern nicht nur die Leistungsfähigkeit des Volkes, sondern auch seine Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einwirkungen auf das allerbedenklichste. Die Folgen zeigen sich jetzt schon und werden sich bald in erhöhtem Maße besonders bei den Kindern und der heranwachsenden Jugend bemerkbar machen. Die Tuberkulose greift weiter um sich. Malaria und Blutarmut breiten sich aus. Elend und Hungerdrame sind keine Seltenheiten mehr. Die Seuchengefahr kann nicht schwer genug eingeschätzt werden. Erzieht Deutschland dieser Gefahr, so ist die ganze Kulturwelt bedroht. Wir rufen unsere Kollegen im Auslande, wir rufen die gesamte Kulturwelt auf, sich nicht blenden zu lassen durch die Lebensführung einer dünnen Schicht von Genüßlingen. Das Elend ist schon jetzt weit verbreitet. Keine Mittel, Wohltätigkeit können eine wesentliche Abmilderung nicht mehr herbeiführen. Die gesamte verzweifelte Wirtschaftslage bedarf gründlicher Umgestaltung. Wir fordern die Welt auf, uns diese Umgestaltung zu ermöglichen.

Aus aller Welt.

Der Abban der österreichischen Teuerung. Die Kosten der Lebenshaltung in Österreich haben sich nach der Feststellung der paritätischen Lohnkommission im Laufe der letzten vier Wochen übermäßig, und zwar um 8 Prozent verringert. Der negative Index betrug am 4. Oktober 11 Prozent und am 4. November 8 Prozent. Die ersten drei Monate des absteigenden Indexes, nach dem die Bezüge der Staatsbeamten und Arbeiter berechnet waren, bedeuten daher für das österreichische Budget eine Minderausgabe von 574 Milliarden Kronen.

Zeitlang gegen den Minderheitenschutz des Völkerbundes. Der lettische Gesandte in Rom hat dem Präsidium des Völkerbundes ein Memorandum überreicht, in dem er erklärt, daß Lettland keine nicht die vom Völkerbunde vorgegebene Deklaration in Sachen des Minoritätenschutzes unterzeichnen, da einzelne Punkte der Deklaration den Bestimmungen des lettischen Grundgesetzes widersprechen.

Die Räumung Südschottlands. Die völlige Räumung Südschottlands durch britische Truppen ist nahezu beendet. Am Sonntag verließ der letzte britische Soldat dieses Gebiet. Die Truppen wurden beim Marsch durch Dublin warm begrüßt.

Unruhen in Indien. In einem Vorort von Allahabad entflammten im Anschluß an einen Streik ernste Unruhen. Die Menge griff die Polizei mit Steinen an und verwundete 17 Polizisten. Durch das Feuer der Polizisten wurde eine Person getötet.

An unsere Leser!

(Postabonnenten.)

Wir bitten unsere werten Leser, das Abonnement auf das

Posener Tageblatt

recht bald zu bestellen.

Obgleich Bestellungen jederzeit von den Postämtern angenommen werden müssen, ist es doch ratsam so früh als möglich die Zeitung zu bestellen. Wird beispielsweise erst am 29. oder 30. eines Monats die Zeitung bestellt, so läuft der Besteller immer Gefahr, die Zeitung erst nach 3-4 Tagen ohne Nachlieferung der bereits erschienenen Nummern zu erhalten. In dem Falle empfiehlt es sich dringend, die Nachlieferung beim Postamt zu beantragen: es kostet das 20 Mk. — Jedenfalls liegt es im eigenen Interesse des Bestellers, die Zeitung sobald als möglich zu abonnieren. — Sollten irgendwelche Schwierigkeiten bei der Bestellung vorkommen, werden wir um sofortige Benachrichtigung.

Geschäftsstelle des Posener Tageblatts.

Verspätet!
Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen [4596]
zeigen hoch erfreut an
Franz Koch und Frau Ruth,
geb. Blüth.
Camt b. Herrstadt. 12. Dezember 1922.

Nach kurzem, schwerem Leiden entschlief am
15. Dezember mein innigstgeliebter Mann, unser
bester, treusorgender Vater,
der Kaufmann
Sally Baer
im 69. Lebensjahre.
Im Namen der trauernden
Hinterbliebenen:
Flora Baer, geb. Marcus.
Die Beisetzung findet in Berlin-Weißensee statt.

Die in Nr. 285 des Posener Tageblattes er-
lassene Verlobungsanzeige
Patte-Nomald [4598]
beruht auf Schwindel.
Gegen den erkannten Verlobten des Unfugs
wird gerichtlich vorgegangen werden.

Amerika-Reisende
erhalten jede Auskunft durch
C. V. B. „Express“, Schneidemühl,
Agentur für Passagier- u. Kassegepäckversicherung des
Nordd. Lloyd, Bremen. [9772]

Reparaturen
an
Elektromotoren
Dynamomaschinen
führen aus
K. Gaertig i Sp., T. 2 Poznań,
Oddział Pracowni Elektromechanicznych,
Tel. 3584. ul. Półwiejska 25. Tel. 3584.

Zichorienanbau-
Verträge [4369]
schließt ab zu vorteilhaften Bedingungen
Landw. Hauptgesellschaft
Poznań, ul. Wajdowa 3.
Mit Vertragsformularen und Anleitung für den Anbau der
Zichorien stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Saug- und Druckpumpe,
für Kraftbetrieb, 3,5 cbm stündl. Leistung. Deutscher
Fabrikat, U-Pumpe, Größe B, neu, sofort zu
verlaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sauerkraut
in neuen eichenen Fässern
von ca. 4 Zentner Inhalt gibt wagnungsweise ab
Dominium Katowicko, Kreis Pleschen.

Ausfälschen! **Ausfälschen!**
Postbestellung.
An das Postamt
in
Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Parte)
für den Monat Januar 1923
Name
Wohnort
Postamt
Straße

Am 8. d. Mts. verschied in Berlin im 75. Lebensjahre der
frühere Direktor unserer Bank,
Herr Ignatz Goldschmidt.
Der Verstorbene, der unser Institut vom Jahre 1910 bis zum Jahre 1920
leitete, war uns durch seine unermüdete Arbeitskraft und seine ausser-
ordentliche Gewissenhaftigkeit ein leuchtendes Vorbild. Seinen Ange-
stellten war er ein wohlwollender Berater und väterlicher Freund.
Sein Andenken werden wir in hohen Ehren halten.
Danziger Privat-Aktien-Bank (Filiale Posen).

Passende und praktische Weihnachtsgeschenke wie:
Nähmaschinen, Zentrifugen, Fahrräder,
Mäntel und Schläuche, Gummi-Spielzeug
empfiehlt
Maschinenhaus „Warta“, Poznań, ul. Wielka 25.
Telephon 3735.
Sämtliche Reparaturen: Sack- und Bernadungsarbeiten schnell und billig.

Opel-Automobile
in weltbekannt erstklassiger Ausführung
kurzfristig lieferbar durch
„Brzeskiauto“ T. A., ul. Skarbowa 20.
Poznań.
Tragen Sie
der vielen
Vorteile wegen
PALMA
Kautschuk
Absätze und
Sohlen
Palma-Kautschuk
(Sp. z ogr. odp.)
Skład fabryczny Poznań, Kanawa 10.
Telephon 60-16.

Evang. Volkskalender für 1923
(Dialektkalender)
mit Marktleververzeichnis
Preis 360 Mark
nach auswärts mit Porto und Verpackung M. 385,
unter Nachnahme M. 395,
ist zu beziehen durch
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 (fr. Tiergartenstr.)

Steintohlenteer, Klebemasse
Dachpappen
in besten Qualitäten.
K. Günther, Poznań, Tomarowa 21. Tel. 2945.

Parzelle oder Baustelle
in Poznań sofort zu kaufen gesucht.
Gluszek, Poznań, Stowackiego 10 (Karlstr.).
Telephon 2411.

Nebenerwerb!
Es werden zum 1. Januar 1923 noch
Zeitungs-Austräger
für einige Stunden nachmittags gegen angemessene
Entlohnung gesucht. Für Inhaber von ordentlichen Brie-
fen, die sich einen Nebenerwerb verschaffen möchten, ist dies eine
günstige Gelegenheit. Zu melden in der
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
ul. Zwierzyniecka 6 (Tiergartenstraße).

Gesucht jg.
alleiniger **Beamter**
aus gutem Haus für sofort oder später für 1600 Morgen
Acker und 1200 Morgen Wald.
Scholz, Wituchowo b. Swilcz. [4547]

Suche zum 1. oder 15. Januar 1923
jüngeren Wirtschaftsbeamten
mit praktischen Vorkenntnissen. Angebote an [4597]
G. Krüger, Ruda młyn b. Rogoźno.

Unverheirateter
Unterbrenner,
der auch mit Glödenfabrikation und elektrischer An-
lage gut vertraut sein muß.
für sofort gesucht.
Offerten mit Zeugnisabschriften. Gehaltsforderungen bei
freier Station einzulenden an
[4488] **Administrator Nidemann,**
Herrschaft Olesnica bei Chodzież.

Herrschaft Gorzno
bei Gorzno, Kreis Leszno
sucht tüchtigen **Ziegelmeister**
zum baldigen Antritt. [4584]

Suche zum 1. oder 15. 1. 23 für meinen landwirtschaft-
lichen Haushalt eine
tüchtige evangel. Wirtin.
Dugo Wiśniewski,
Wolkowicz, Kr. Gornikowski.

Ausw. Deutsche d. Gastamp.
verf. m. m. geb. f. a. melden
im Pfarrhaus d. Christ. Kirche
Spokojna 13. [4601]

Geschenkwespen
empfehlen:
Aus d. Ostlande
Jahrgang 1917
elegant gebunden.
Ferner:
Jugendland
in verschied. Jahrgängen,
sowie
Posener
Gesangbücher,
in verschied. Ausgaben
Pos. Buchdruckerei
u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań
ul. Zwierzyniecka 6
(Tiergartenstr.)

Spielplan des Großen Theaters.
Dienstag, den 19. 12. Geschlossen.
Mittwoch, den 20. 12. abends 7 1/2 Uhr: „Die
Fälscher“, Oper von Gailv.
Donnerstag, den 21. 12. abends 7 1/2 Uhr: „Konrad
Wallenrod“, Oper von Zelenka. (Preis-
ermäßigung 50%).
Die Billets für die ausverkaufte Dienstag-Vorstellung
(19. 12.) sind für die Donnerstag-Vorstellung (21. 12.) gültig.
Vorverkauf der Eintrittskarten bei Schreibmüller, ulica
Fredro 1.

Blendax
Mit dem Scheuernäppchen
Blitzblank
Hersteller: Urbin-Werke
Chemische Fabrik G. m. b. H.
Danzig, am Troyl.
Schwarz · Reinigt · Putzt
Alles
Geodätische Meßinstru-
mente zu fast. ger. Ankfnd.
m. Preis u. „Leodo-
lit 4591“ a. d. Geod. d. Bl.

Mittwoch, den 20. 12. 22
abds. 8 Uhr, im Saale des
Zoologischen Gartens:
Strindberg-
Schnitzler-Abend
1. Vor dem Tode
Trauerspiel in 1 Akt
von A. Strindberg.
2. Liebele
Schauspiel in 3 Akten
von A. Schnitzler.
Der Reinertrag wird als
Weihnachtsgabe für die
Altershilfe verwendet.
Eintrittskarten zu 500,
1000, 1500 und 2000 Mark.
sowie Programme zu 150
Mark sind im Zigarrenge-
schäft von Gumator sw.
Marcin 43, Gd. ul. Gwarna
zu haben.

Stellungsangebote
Nach Deutschland sucht:
Debutant, mit Hofgänger,
Schärer, Stellmacher ufm.
Pauschneller, Stellenver-
mittler Poznań, sw. Mar-
cin 45. Rückporto erb. (4481)

Verband der weibl. San-
del's u. Büroangestellten
in Großpolen.
Das Büro in bis 2. Jan.
geschlossen. Vom 2. Jan. ab
beendet es sich Waly Lesz-
czynskiogo 2 (Tel. 2157).
Sprechst. Diensttag, Mitt-
woch, Donnerstag, 1/2 6 bis
1/2 8 Uhr. [4600]

Wohnungen
Tausche
eine schöne 3 Zimmer-Wohn.
mit Zubehör in Berlin S. W.
gegen eine 4-5 Zimmer-
Wohn. in Poznań. Off. u.
4602 a. d. Geschäftsstelle d.
Bl. erbeten.

Stellungsangebote
Praktisch erfahr., langjähr.
Beamter sucht ab 1. 4. 23
andern. mögl. selbst. Stell. als

leitender
Beamter
in Posen od. Pommeren. An-
vgl. voin. Staatsing. 42, 3
alt, verh., 1 Kind, beider
Landespr. in Wort u. Schrift
mächtig. Besige Stelle 4 00
Morg. 8 1/2. leteudo. Antenn.
Betrieb bevozt., jedoch nicht
Bedienung. Geil. Off. unter
J. 4599 a. d. Geschäftsstelle
d. Bl. erbeten.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 19. Dezember.

Die neuen Abonnements- und Ferngespräch-gebühren.

Die Post- und Telegraphendirektion bittet uns, mitzuteilen, daß vom 1. Januar ab auf Grund der Verfügung des Post- und Telegraphenministeriums vom 29. November 1922 die Abonnementsgebühren und vom 16. Dezember d. J. ab die Gebühren für Ferngespräche wie folgt erhöht werden:

Das Abonnement beträgt in Fernsprechnetzen bis zu 50 Abonnenten 25 000 M., bei 51—100 Abonnenten 40 000 M., bei 101—200 Abonnenten 44 000 M., bei 201—500 Abonnenten 50 000 M., bei 501—1000 Abonnenten 58 000 M., bei 1001—5000 Abonnenten 60 000 M., bei 5001—20 000 Abonnenten 64 000 M.

Die Gebühr für ein 8 Minuten dauerndes Ferngespräch beträgt bei einer Entfernung bis zu 25 km. 400 M., bis zu 50 km. 800 M., bis zu 100 km. 1200 M. und für jede weiteren 100 km. 600 M. Für dringende Gespräche wird die dreifache Gebühr erhoben.

Diejenigen Fernsprechnetzabonnenten, denen der erhöhte Tarif nicht genehmigt ist, können ihre Fernsprechnetzanschlüsse vor dem 1. Januar 1923 kündigen.

Das amtliche Schreiben der Post- und Telegraphendirektion, in dem die vorstehenden Sätze mitgeteilt werden, trägt das Datum des 14. Dezember, zugegangen ist es uns heute, 19. Dezember, mit der ersten Frischpost.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Die Bevölkerung der Stadt Posen hat sich im Laufe des Oktobers um 401 Seelen vermehrt. Am 31. Oktober d. J. betrug die Einwohnerzahl der großpolnischen Hauptstadt 175 233. Eingewandert sind 2188 Personen, während 1958 Personen unserer Stadt den Rücken kehrten, im hauptsächlichen an anderen Orten der Wojewodschaft Posen niederzulassen. Nach dem Auslande wanderten 298 Personen, während die Einwanderung aus dem Auslande 171 Personen betrug. Im ganzen hat Posen durch Ein- und Auswanderung um 185 Personen zugenommen. Die natürliche Zunahme der Bevölkerung weist die Zahl 468 auf. Davon kamen 79 Kinder unehelich zur Welt. Von den ehelichen Kindern waren: 212 Knaben und 177 Mädchen. Totgeburt wurden im Monat Oktober 17 verzeichnet. Von den unehelichen Kindern starben 20 im ersten Lebensjahre. Im ganzen starben 252 Personen, davon 120 männlichen und 132 weiblichen Geschlechts. Im Alter von mehr als 15 Jahren starben 148, unter 15 Jahren 104 Personen. Die höchste Sterblichkeitsziffer weist das Alter bis zu 5 Jahren mit 97 Todesfällen auf. Dann folgen die Jahre nach dem biblischen Alter (70) mit 30 Sterbefällen. Nach der Nationalität starben 290 Polen und 22 Deutsche. Eheschließungen wurden im ganzen 179 verzeichnet. Davon waren 169 rein katholische Ehen, 4 rein evangelische Ehen und 6 Mischehen. 8 evangelische Männer nahmen katholische Frauen und 3 katholische Männer evangelische Frauen. Von der jüdischen Linderheit trat niemand in den Ehestand; weder Mischehen noch rein jüdische Ehen wurden geschlossen. Der Nationalität nach wurden 172 polnische und 4 deutsche Ehen verzeichnet; die übrigen 3 Ehen waren Mischehen. Zwei deutsche Männer nahmen polnische Frauen und ein Pole heiratete eine Deutsche.

Sitzung des Kreisbauernvereins Posen.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen hielt Montag mittags von 12½ Uhr ab im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses unter der Leitung seines Vorsitzenden, Landrats a. D. von Treskow-Owinski eine gutbesuchte Versammlung ab. Bei der Eröffnung wies der Vorsitzende auf die Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz mit dem Ausdruck des lebhaftesten Bedauerns über die Mordtat hin und drückte die Erwartung aus, daß sie keine weiteren Folgen haben möge, da sonst die wirtschaftlichen Folgen der Tat unübersehbar sein würden; sei doch die polnische Wälua bereits ganz erheblich gefallen. Darauf erfolgte die Aufnahme eines neuen Mitglieds in den Verein. Es folgte eine kurze Aussprache über den Stand der Warschauer Verhandlungen wegen der landwirtschaftlichen Arbeiterverträge, die nach Mit-

teilungen verschiedener Mitglieder keineswegs dem Abschlusse nahe, sondern noch im Anfangsstadium begriffen seien. Es sei auch unter keinen Umständen zu erwarten, daß sie bis zum 1. Januar 1923 abgeschlossen sein würden.

Den Hauptgegenstand der Sitzung bildete ein Vortrag des Landesökonomierats Dr. Wegener über wirtschaftliche Tagesfragen, in dem der Vortragende in fesselnden Ausführungen auf die Folgen des Krieges hinwies. Die Engländer hätten sich bei diesem Kriege, der kein agrarischer, sondern ein industrieller Krieg war, gründlich verrechnet. Lloyd George, der eigentliche Sieger im Kriege, sei einfach schon hinweggefegt und durch Bonar Law ersetzt worden; aber auch dieser könne ohne Deutschland und Rußland als Absatzgebiete seine Arbeitslosigkeit nicht loswerden. Der französische Franz sei ebenfalls allmählich ins Rollen gekommen und besitze heute nur noch ein Drittel seines früheren Wertes. Infolgedessen begiffert sich Frankreichs Schuld bei Amerika bereits auf 75 Milliarden Franks. Die dritte Entlastung erleben oder werden die Arbeiter erleben. In der Erwartung, eine Sozialisierung durchzuführen zu können, haben sie sich getäuscht. Der ganze Sozialismus ist, abgesehen von Österreich und Deutschland, schon überwunden, und der Führer der Arbeit wird wieder zur Geltung kommen. Was man erschlagen wollte, das internationale Kapital, beginnt erst jetzt seinen Siegeszug. Mit den fallenden Wäluen werden die Staaten bettelarm. Wir werden schließlich die vereinigten Handelsstaaten von Europa bekommen. Der Redner beleuchtete dann die Bedeutung der Internationalisierung der Flüsse, den Rinderheutenschuß, den Völkerverbund, die Bedeutung der Presse. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei der Bestand der Landwirtschaft auf das schwerste bedroht, wenn sie sich nicht auf sich selbst besinnt und in den Berufsvereinen und Genossenschaften organisiert. Der Vortragende schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Aufforderung zu diesem Zusammenschluß der Landwirte. hb.

Eine noch nicht völlig aufgeklärte Bluttat.

Auf einem Felde am Wege zwischen Kluczewo und Samter wurde der 29jährige Arbeiter Valentin Rossa aus Vinin, Kreis Samter, erschossen aufgefunden; als Täter wurde der 15jährige Gutbesitzer Sohn Severin Liezbanski aus Kluczewo in Untersuchungshaft genommen und dem Gerichtsfängnis in Samter zugeführt. Die von Posener Kriminalbeamten gestern geführten Ermittlungen hatten folgendes Ergebnis:

Rossa, der 1893 in Klempen geboren und zuerst in Vinin wohnhaft, verheiratet, Vater zweier Kinder von 6 Jahren bzw. 12 Wochen und von Beruf Arbeiter war, hatte sich Donnerstags früh nach Posen begeben, um hier Arbeit zu suchen und Weihnachtseinkäufe für sich und seine Familie zu besorgen. Freitag nachmittag gegen 4 Uhr ist er dann von dem jungen Liezbanski aus noch völlig ungeklärtem Grunde mit einem Jagdgewehr erschossen worden. Seine Leiche ist entweder von dem Täter oder von anderen Leuten vom Tatort weg 75 Meter weit ins Feld geschafft und zum großen Teil entkleidet worden; sie lag mit dem Gesicht nach unten, nur mit Beinkleidern, Stiefeln und Hemd bekleidet, auf dem Felde. Es schienen ein Paar gelbe Schuhe, Socken, Hemden usw., die sich an einer anderen Stelle fanden. Ferner entdeckte die Kriminalpolizei die Reste des Erschossenen mit 150 000 Mark barem Gelde am Wege unter einem Steinhaufen. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich bald auf den jungen Liezbanski, der, in die Enge getrieben, ein nur teilweise Geständnis ablegte. Er erklärte, von seinem Vater beauftragt gewesen zu sein, nach dem Feld die umherstreifenden Hunde mit einem Jagdgewehr zu schießen. Das habe er auch Freitag nachmittag getan. In demselben Augenblick sei Rossa vorbeigekommen, habe sich über das Schießen geärgert und ihn mit einem Revolver bedroht. (Die Unglaubwürdigkeit dieser Angabe erhellt schon aus dem Umstande, daß Rossa überhaupt keinen Revolver bei sich führte.) Er, Liezbanski, habe sich dann zur Wehr gesetzt und seinen Gegner durch einen Schuß angeschossen. Er will dann sofort seinem Vater von dem Vorgange Mitteilung gemacht haben. Auffälligerweise hat dieser erst drei Tage später, das heißt am Montag früh, die Gendarmerie von dem Vorgange Anzeige erstattet. Aufgeklärt ist die Bluttat durch diese Angaben noch keineswegs.

Die Papiere der Reichsdeutschen und Optanten. Das Deutsche Generalkonsulat teilt mit: „Diejenigen Reichsdeutschen und Optanten, die bereits im Besitz des Heimatscheines oder der Optionsurkunde des Deutschen Generalkonsulats sind, werden

ersucht, den Austausch der in ihren Händen befindlichen gelben Personalausweise in Pässe baldigst bei der deutschen Botschaft mündlich oder schriftlich zu beantragen. Bei der Einfindung durch die Post sind außer dem gelben Personalausweis, dem Heimatscheine bzw. der deutschen Optionsurkunde noch ein Lichtbild, zwei beglaubigte Unterschriften und 1000 Mk. polnische Gebühren für jeden Pass beizufügen. — Reichsdeutschen, die noch nicht im Besitz des Heimatscheines sind, wird dringend empfohlen, sich diesen baldigst zu verschaffen.“

Schultrauergottesdienste für den Staatspräsidenten. Der Kurator des Posener Schulbezirks hat angeordnet, daß alle Schulen an den Trauergottesdiensten für die Seele des dahingeshiedenen Präsidenten der polnischen Republik, Gabriel Narutowicz, teilnehmen sollen. An dem betreffenden Tage fällt der Unterricht aus. Der Gottesdienst muß spätestens am Donnerstag, dem 21. d. Mts., stattfinden, je nach den örtlichen Bedingungen.

Börse und Börsennotiz. Das Sekretariat der Posener Börse bittet uns, mitzuteilen, daß der Börsenrat beschlossen hat wegen der Feiertage die Börse vom 22.—27. Dezember einstillen zu lassen. Am Mittwoch, 20. Dezember, findet außer der Devisenbörse auch Effektenbörse statt.

Die Deutsche Kunstausstellung im Alten Stadttheater (Räume des Vereins junger Kaufleute) ist morgen, Mittwoch, den 20. d. Mts., zum letzten Male von 11—3 Uhr geöffnet und wird dann endgültig geschlossen.

Todesfall. Am 14. d. Mts. ist in Wollstein der Senior der evangelischen Geistlichkeit unseres Gebietes, Herr Superintendent a. D. Dierke nach längerer Krankheit in die Ewigkeit abgerufen worden. Anbauern Krankheit hatte ihn im Sommer d. J. gezwungen, seine ihm lieb gewordenen Ämter als Superintendent der Diözese Wollstein und als erster Geistlicher der Gemeinde Wollstein, die er weit über das patriarchalische Alter hinaus mit unentwegter Treue und Hingabe über ein Menschenalter verwaltet hatte, niederzulegen. Nur wenige Monate hindurch hat er sich des Ruhestandes erfreuen dürfen, ohne eine Befreiung von den irdischen Sorgen gefunden zu haben. Mit dem Entschlafen ist ein Mann dahingegangen, der sich in dem ihm übertragenen Wirkungskreis als Vorgesetzter seiner Diözesangeistlichkeit, als Seelsorger und Kanzleibeamter in seiner Gemeinde allgemeiner Liebe und Wertschätzung erfreuen durfte. Aber weit über seinen engeren Wirkungskreis hinaus erfreute sich der Heimgegangene großer Verehrung; in der Provinziallandtag war er wegen seines durch lange Lebenserfahrung ausgeprägten Verständnisses und Rates allgemein beliebt. Sein Andenken wird über das Grab hinaus fortleben.

Die Ausstellung der Gewerbepatente. Das Finanzamt bittet uns, mitzuteilen, daß auf Grund einer neuen Verfügung die Gewerbepatente für das Jahr 1923 nicht von der Finanzkasse, sondern von der Steuerkasse in der ul. Roma 10 II (fr. Neue Str.) ausgestellt werden. Deklarationsformulare sind im Finanzamt, Abteilung für direkte Steuern, Sw. Marcin 41 I (fr. St. Martinstr.), und im Magistrat, ul. Roma 10 II (fr. Neue Straße), in den einzelnen Bezirken erhältlich.

Eine Theateraufführung zum Besten der Altershilfe veranstaltet. Wie schon mitgeteilt wurde, am Mittwoch dieser Woche der deutsche Theaterverein. Diese Vorstellung ist jedoch nicht nur wegen ihres guten Inhalts brachten wert, sondern auch um ihres ersten, literarisch wertvollen Programms willen. Der Abend beginnt mit einem einaktigen Trauerspiel von Strindberg („Vor dem Tode“) und bringt dann Arthur Schnitzlers dreiaktiges Schauspiel „Die Leier“. Der gesamte Reinertrag der Veranstaltung wird als Weihnachtsgabe der Altershilfe übergeben werden. Die Vorstellung findet im Saal des Zoologischen Gartens statt und beginnt pünktlich um acht Uhr. Eintrittskarten sind im der Jägerhandlung von Gummier, Ed. Sw. Marcin und ul. Swarna, zu haben.

Die Aufführung von Humperdincks „Hänsel und Gretel“ im Großen Theater ist abends verschoben. Am Donnerstag wird „Konrad Wallenrod“ gegeben.

Einkaufsbesuche. Nach dem Einschlagen einer Schaufel in einem Möbelfabrikgeschäft in Sw. Marcin 24 (fr. St. Martinstr.) wurde eine große Menge Käse und Margarine im Werte von 38 600 Mk.; in der ul. Moskowa 15 (fr. Polakowskistr.) vom Boden Wäsche im Werte von 100 000 Mk. darunter ein Tischkuch für 12 Personen, Bettlaken, gez. L. L. und A. S., gestohlen.

Beschlagnahme Diebstahls. Auf dem 6. Polizeirevier in der ul. Franciszka Katarzyna (fr. Witterstr.) lagern zwei große gelbe Lederfelle und auf dem 9. Polizeirevier in der ul. Maleckiego 20 (fr. Prinzenstr.) 10 Meter weiße Lein-

Die heiligen „Zwölften“ und ihre Bedeutung im Wetteraberglauben.

Von Professor Dr. H. Hennig.

Die zwölf Nächte zwischen dem 25. Dezember und dem 6. Januar heißen bekanntlich seit uralter Zeit „die heiligen Zwölften“. In den einzelnen Gebieten wechselt zwar der Termin dieser „Zwölften“ ein wenig, insofern, als man hier und da die zwölf Nächte zwischen dem 21. Dezember und dem 2. Januar mit diesem Beiwort belegt, in Schlesien sogar fälschlich die zwölf Nächte vor Weihnachten; aber der Begriff als solcher ist allenthalben in der germanischen Welt bekannt, und gerade die genannten Abweichungen finden mit besonderer Deutlichkeit das sehr hohe Alter der mit dem Begriff verbundenen mythologischen Vorstellung. Es soll sich nämlich dabei um die zwölf Nächte handeln, die auf den kürzesten Tag des Jahres folgen — insofern entspricht also die seltenere Meinung, daß die Tage vom 21. Dezember bis 2. Januar in Frage kommen, dem heutigen Stande der Dinge besser als die entgegengesetzte, die für die Zeit zwischen Weihnachten und Dreikönigstag eintritt und ungefähr aus der Zeit des vierten und fünften Jahrhunderts stammt, wo der kürzeste Tag des Jahres noch auf den 25. Dezember fiel. Da aber unser Weihnachtsfest an diesem Datum haften geblieben ist und nicht zusammen mit der Winter Sonnenwende, deren Verherrlichung es so ursprünglich darstellte, langsam im Kalenderdatum zurückgewandert ist, so ist es zweifellos richtig, auch die zwölf Nächte, die unmittelbar auf diesen hohen heidnischen Festtag folgen, als die eigentlichen „Zwölften“ auszugeben.

An sich haben die heiligen zwölf Nächte für unsere heutige Weltanschauung ihren Sinn in jeder Hinsicht verloren; nur der Aberglaube, der ja ohnehin eine ganz erstaunlich große Fülle alt-heidnischer Vorstellungen in einer fast zur Unkenntlichkeit entstellten Form bis auf den heutigen Tag treulich bewahrt hat, schreibt auch den „heiligen Zwölften“, der eine heiligste Zeit des ganzen Jahres, noch besondere und hervorragende gäuberische Kräfte zu, insbesondere der Mitte dieser Reizepoche, der Nacht vom 31. Dezember zum 1. Januar, also unserer heutigen Neujahrsnacht, die den Menschen befähigen soll, die Zukunft vorherzusagen und mit gäuberischen Mitteln sich selbst sein kommendes Geschick auszusprechen zu beeinflussen. Der noch heute weitverbreitete, in der Großstadt freilich meist nur als scherzhafte Unterhaltung betriebene, einst aber sehr ernsthaft gemeinte und von urteilslosen Personen noch heute ernsthaft gepflegte Brauch, am Silvesterabend Wälu zu gießen und manche ähnliche Prozedur vorzunehmen, welche die Begebenheiten des kommenden Jahres prophetisch ankündigen soll, ist ja noch ein absolut deutliches Anzeichen von der Fortwirkung des altgermanischen Glaubens, der dem Mittelpunkt der „Zwölften“ auch den Höhepunkt gäuberischer Kraft und Heiligkeit zuschrieb.

Der Grund, weshalb gerade die auf den kürzesten Tag folgenden zwölf Nächte in den Auf besonderer Heiligkeit gekommen sind, beruht einfach darauf, daß in dieser Zeit die Sonne stillzustehen und die Tageslänge sich nicht merklich zu ändern scheint. Die altgermanische Naturreligion, die vom Wetter und ganz besonders von der Sonne in einer außerordentlich weitgehenden Weise beeinflusst worden war, mußte notwendig dieses Vorkommnis als ein höchst beachtenswertes Faktum einschätzen, nach dem auch der Mensch seine Handlungen einzurichten habe. Wenn die Sonnenkraft in dieser Zeit des Jahres von ihrer Arbeit ruhte und Kräfte sammelte zu neuem Wirken, mußte auch der Mensch ihrem Beispiel folgen. Vor allem durfte in dieser Zeit kein Rad sich drehen, denn das Rad ist ja von jeher das Symbol der Sonne; demgemäß war es verboten, in dieser Zeit zu spinnen, denn das Spinnrad mußte feilen; aber auch kein Rad am Wagen durfte sich drehen, und stellenweise wurde in der heiligsten Zeit des Jahres auch jede andere Arbeit als fündigst gemieden; man durfte nicht dreschen, nicht klappeln, nicht raschen noch Wäsche trocknen, ja, in Franken mied man es sogar, die Schuhe zu schmirren. Auch alle lauten Geräusche mußten unterbleiben (WS, wenn das auch in der heutigen Großstadt fraglich wäre!), kein Tisch durfte gerückt, keine Tür aufgeschlagen werden — sonst rächte sich die Wettergöttheit im nächsten Jahr durch Mißgeschick ins Haus. — Sozen dieser altgermanischen Vorstellungen haben sich bei der Landbevölkerung noch bis auf die Gegenwart erhalten, und gerade dort, wo christlich-frömmigkeit noch am tiefsten wurzelt, trifft man auch die zahlreichsten Überreste jener abergläubischen Anschauungen, deren Wurzeln auf die altgermanische Zeit und den Wälu-Kult zurückzuführen. Einige von diesen alten, sonderbaren heidnischen Sitten haben sich ja, als vollkommen gedankenlos geübte Bräuche, selbst in der Großstadt des zwanzigsten Jahrhunderts hinübergerettet, so das schon erwähnte Wälu gießen am Silvesterabend, ferner das Essen körneriger Gegenstände, das Geld ins Haus bringen usw.; es ist kein Zufall, daß gerade am Heiligabend, also am Beginn der Zwölften, und am Silvesterabend, also in der Mitte dieser hochheiligen Zeit, Wälu, Karpenroten und ähnliche, heute freilich meist „ausgestorbene“, Speisen sich großer Beliebtheit erfreuen!

Von besonderer Wichtigkeit war nun aber das Wetter in der Zeit vom 25. Dezember bis zum 6. Januar. Auch auf die Wetterverhältnisse übertrug der naive Mensch seine Meinung und sein Verlangen, prophetische Wälu in die Zukunft zu tun. So sollte jeder der zwölf Tage ankündigen, welchen Wettercharakter der entsprechende Monat im kommenden Jahr ausweisen werde. Gerade dieser altgermanische Aberglaube hat sich wiederum bis in unsere Tage erhalten, wenn auch das Volk heute vielfach irrig annimmt, die Witterung der ersten zwölf Tage des neuen Jahres, also vom 1. bis 12. Januar, sei maßgebend für die Witterung der zwölf Monate des Jahres. Mit diesem Aberglauben vermischt sich die Vorstellung, daß gerade in den heiligen „Zwölften“ Wälu als Wälu Jäger ruhelos durch die Lande ziehe, Wälu, die Personi-

fikation des Wintersturmes, der um die Jahreswende oft genug so verheerend durch die Welt braust, Wälu, der „Wanderer“, der seine Wälu später einmal dem heiligen Nikolaus lieh und der andererseits als „Nacht Ruprecht“ noch heute in nur schwach entstellter Gestalt an den alten Heideglauben erinnert. Auch das weigekleidete Christkind, das in vielen Gegenden als Begleiter des durch die Welt „wandernden“ Wälu-Ruprecht auftritt, trägt ursprünglich einem heidnisch-germanischen Charakter und stellt Wälu Gattin, die Göttin Frida, dar, bis die mild umdeutenden Jünger des weiterlebenden Christentums unmerklich ihre religiösen Lehren den liebgeordneten heidnischen Vorstellungen substituierten und das Sonnenwendfest in das Geburtsfest Christi, den Gott Wälu in den heiligen Nikolaus und die Frida ins Christkindlein sich verwandelten ließen.

Der Glaube, daß die „Zwölften“ die eigentliche Zeit des Wälu Jägers und nebenbei von prophetischer Bedeutung für die Witterung des kommenden Jahres seien, hat jedoch, so naiv und willkürlich es zunächst anmutet, eine gewisse bescheidene psychologische und auch meteorologische Berechtigung. Zwar der Wintersturm, den der Wälu Jäger personifiziert, stellt sich in der Zeit zwischen dem 25. Dezember und dem 6. Januar wohl nicht viel häufiger ein, als in den anderen Zeiten des Monats Oktober bis März, wenngleich die großen Weihnachtsstürme von 1868, 1894, 1903 sowie die gewaltigen Neujahrs- und Silvesterstürme von 1865, 1904, 1913 zur Genüge zeigen, wie gern der Wälu Jäger in dieser Jahreszeit auch heute noch durch die Lüfte dahinbraust; aber in anderer Hinsicht ist die Witterung dieser Jahreszeit doch recht oft bemerkenswert. Denn in sehr vielen Fällen (wenn auch naturgemäß nicht regelmäßig) entscheidet sich um die Jahreswende der Charakter des Winters; die strengen Winter pflegen mit Vorliebe in diesen Tagen ihren Anfang zu nehmen, auch die Reizung zum Schneereichtum stellt sich häufig erst in diesen zwei Wochen heraus, während größere Schneefälle vor Weihnachten in Deutschland nur selten vorkommen, wenigstens in der Ebene. Bringen wiederum die „Zwölften“ anhaltend mildes Wetter, so ist die Wahrscheinlichkeit nur gering, daß der spätere Verlauf des Winters noch anhaltende, strenge Kälte bringt, obwohl immerhin Ausnahmen vorkommen, wie ja besonders der Winter 1911—12 bewiesen hat, der bis zum letzten Tage der „Zwölften“ unausgesetzt abnorm milde Witterung besaß und dann am 6. Januar ganz urplötzlich schärfen Frost zu längerer Herrschaft kommen ließ. — Ebenso wie die Tage am Ende Juni und Anfang Juli in zahlreichen Fällen die entscheidende Ausprägung der für einen großen Teil des Sommers charakteristischen Wetterlage bringen, so prägt sich auch die für den jeweiligen Winter bezeichnende Wetterlage gern am Ende Dezember oder Anfang Januar aus, d. h. aber eben in der Zeit der „Zwölften“, so daß der Glaube an den „Wälu“-Charakter der Witterung dieser Jahreszeit noch immerhin einen bescheidenen Kern birgt, den man mit Einschränkung als berechtigt gelten lassen kann.

Wand, 4 Meter cremefarbiger Rouleaustoff, ein weißer Gobelins mit dem Buchstaben W. B., eine Gobelinde mit grauen Bäumen auf rotem Grunde und braunem Futter, sowie drei Läufer. Die beiden sind diebstahlsverdächtige Personen abgenommen worden. Sie können in den angegebenen Polizeirevierern bestraft werden.

Deutschstumsbund. Seit den 4 der Göttinger geschäftlichen selbständigen Handwerker durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Boien, Waly Deschamps 2 (früher Raiferring).

*** Aus dem Kreise Bromberg, 18. Dezember.** Am Sonnabend wurde auf dem Kleinbahnhof von Lütowice, Kr. Bromberg, die Leiche des Viehhändlers Georg Dillmer aus Bromberg aufgefunden. Man vermutete zunächst ein Verbrechen, doch haben die polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß es sich um einen Unglücksfall handelt. Dillmer ist beim Bestehen des Kleinbahns in der Dunkelheit niedergestürzt und hat sich dabei so schwere Verletzungen zugezogen, daß er daran verstorben ist. Das Geld, das er bei sich führte, 100 000 Mk., sowie seine anderen Sachen wurden sämtlich bei ihm vorgefunden.

hm. Bul. 18. Dezember. Durch Unachtsamkeit jüngerer Angestellter wurde die hiesige Getreidefirma Zentker schwer geschädigt. Die Betrügereien wurden in der Weise ausgeführt, daß die Weizenmehl gefälscht und mit bedeutenden höheren Gewichtsmengen, als in Wirklichkeit geliefert wurden, versehen worden sind. Auch Landwirte, die die Waren lieferten, sind hierbei mit im Spiele. Es wurden bereits mehrere Verhaftungen vorgenommen. Der bisher festgestellte Schaden der Firma wird auf rd. 4 Millionen Mark geschätzt.

pb. Buisdorf, Kreis Dörmitz, 18. Dezember. Gestern Sonntag nachmittags 3 Uhr fand hier ein Weihnachtsfest statt. Die drei Schwestern im Walde, veranstalteten vom Jungfrauenverein. Eingeleitet und geschlossen wurde es durch Ansprechen des Ortsgeistlichen, umrahmt war es von Weihnachtsliedern. Zum Beginn wurden einige gut gelungene Vorträge gehalten. Die Darsteller des Festes führten ihre Rollen in vorzüglicher Weise unter lautem Beifall der Versammelten durch, die in dem überfüllten Gemeindesaal sich eingefunden hatten. Es war eine feine Vorführung, die aller Herzen bezauberte. Das Melodram der Veranstaltung, rund 23 000 Mk., wurde für die Altershilfe bestimmt. Am 1. Feiertage um 4 Uhr nachmittags soll ein Weihnachtsfestspiel im Gotteshaufe stattfinden, bei dem der Posanenchor, Kirchenchor, Kinderchor mitwirken werden.

*** Karben, Kr. Strassburg, 17. Dezember.** Eine Noth, die noch der Aufklärung und unnachlässiger Abklärung bedarf, vordringen unumgänglich Vordringen, indem sie in der evangelischen Kapelle von Riegersdorf 26 Scheiben zerstört. Abgesehen vom Materialschaden, ist die Tat an sich um ihrer Noth willen ganz besonders zu brandmarken. Daß auch Gotteshäuser vor Gemeinheit und Niedertracht heute nicht sicher sind, ist ein besonders trübes Zeichen der Zeit.

*** Risse, 18. Dezember.** Vom Zuge überfahren wurde gestern nacht an dem Gruner Bahnübergange der Landwirt A. aus Wolfstisch. Es wurde ihm der Kopf vom Kumpfe getrennt. Jedemfalls hat der Verunglückte das Läuten des Zuges überhört und ist an dem schrankenlosen Übergange von der Lokomotive erfaßt worden, wobei er seinen Tod fand. — Die Generalversammlung der Vereinsbank beschloß die Erhöhung des Eintrittsgeldes auf 10 000 Mk., des Geschäftsanteils auf 10 000 Mk. und der Haftsumme auf 50 000 Mk.

hk. Samotischin, 18. Dezember. Gestern früh 6 1/2 Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Alarmrufe der Freiwilligen Feuerwehr erschreckt. Es war in dem im ersten Stock befindlichen ersten Klassenzimmer der evangelischen Volksschule ein Stubenbrand ausgebrochen, der bei seiner Entdeckung bereits größeren Umfang angenommen hatte. Die Decke und Türfüllungen waren durchgebrannt. Der Feuerwehr gelang es bald, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Der entstandene Schaden wird auf 600 000 Mk. geschätzt. Das Feuer wurde zuerst vom Kaufmann Hermann Salomon bemerkt, der mit seinem Arbeiter Vorwerk sofort die Besichtigung einleitete und energisch betrieb. Es wird vermutet, daß das Feuer dadurch entstanden ist, daß am Sonnabend abend die Asche aus dem Ofen herausgenommen und gleich darauf ein Korb mit Torf und Holz vor den Ofen hingehängt wurde. Es ist möglich, daß ein unbeachteter Kohlenfunke in der Nacht an dem Feuerungsmaterial Nahrung gefunden hat. Andererseits heißt es, daß der betreffende Ofen schon seit Wochen stark geraucht und die Aschenleierin dem Magistrat vergeblich davon Mitteilung gemacht habe.

*** Thorn, 17. Dezember.** In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde zum Direktor des Mädchengymnasiums an Stelle des verstorbenen Dr. Legowski, der sein Amt niedergelegt hat, der bisher am Anaberggymnasium tätige Professor Karzow gewählt. Dieser ist 1891 in Bielefeld, Kr. Strehlen, geboren.

Aus Kongressen und Wallen.

*** Lobs, 17. Dezember.** Mittwoch nachts brach in der Fabrik von Horat u. Senke Feuer aus, das sich im Augenblick auf alle vier Fabrikgebäude ausbreitete. Als das Feuer ausbrach, war die Fabrik in vollem Betrieb. Die anwesenden Arbeiter konnten sich nur mit Mühe retten. Drei Angestellte sind in den Flammen umgekommen. Die Arbeit der Feuerwehren konnte sich nur darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude zu schützen. Die Fabrik ist vollkommen niedergebrannt. Es wird angenommen, daß das Feuer dadurch entstanden ist, daß Funken aus einem heißgelaufenen Maschinenteiler auf Baumwollballen gefallen sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Drei zum Tode Verurteilte im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen.

*** Thorn, 18. Dezember.** Das Bezirksgericht befand sich in diesen Tagen zum zweiten Male mit dem Verfahren gegen die Arbeiter Jan Maczowski und Anstasz Bielski aus Niezbiele und Anstasz Dejmowski aus Grabowice. Es wurde ihnen zur Last gelegt, am 21. November d. J. die Familie Schoening in Dembowa Dala, Kreis Briesen, ermordet und beraubt zu haben. In der Hauptverhandlung am 21. März d. J. wurden die Angeklagten wegen Raubmordes und räuberischer Erpressung zum Tode und zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen dieses Urteil wurde von ihnen beim Obersten Gericht in Warschau Berufung eingelegt. Dieses hob am 24. Juli d. J. das Urteil auf und überwies die Angelegenheit zu erneuter Verhandlung an das Bezirksgericht. Nach dreitägiger Verhandlung (am 11., 12. und 13. d. Mts.), in der etwa 50 Zeugen vernommen wurden, gelangte das Bezirksgericht zu einem Freispruch. Der in bestialischer Weise an dem Grundbesitzer Wilhelm Schoening und dessen Tochter Lucille verübte Raubmord hat seinerzeit großes Aufsehen erregt. Die maskierten Räuber drangen des Abends, mit Revolvern bewaffnet, in die Wohnung des Herrn Schoening ein, bedrohten die Anwesenden, Eltern und Tochter, mit dem Tode, festhielten sie und raubten eine größere Summe Geldes. Dann trugen sie Schoening und dessen Tochter, obwohl diese während um Gnade flehten, mit Messern nieder und gaben etliche Revolvergeschosse auf sie ab. Frau Ottilie Schoening stellte sich, von zwei Schüssen getroffen, tot und rettete auf diese Weise ihr Leben. Die Aussagen dieser einzigen Zeugin, die in den Angeklagten die Mörder zu erkennen vermeinte, stimmten in der letzten Verhandlung mit den von ihr früher gemachten nicht überein. Andere Zeugen erklärten, daß die Angeklagten zu der Zeit, wo der Mord begangen wurde, bei Bekannten zu Gast waren. Am Mittwoch nachmittags 8 Uhr wurde das Urteil gefällt. Es lautete: Die Angeklagten werden von der Anklage des Mordes und der räuberischen Erpressung freigesprochen.

Geschäftsinhaber!

Die nächste
Sonntagsnummer
liegt mehr als 3 Tage
zum Lesen für das Publikum
aus. Infolgedessen eignet sich die
Nummer in hoh. Masse zur vorteilhaften
Ankündigung
aller Geschäftsanzeigen!
Es liegt im eigenen Interesse der Kaufleute diese aussergewöhnliche Gelegenheit zu benutzen und in ausgiebiger Weise zu inserieren! Am besten ist es, wenn die Anzeigen schon Freitag zugestellt werden. Der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Neues vom Tage.

*** Ausfällen des Zwischenhandels.** Die Stadt Queblinburg gab der Fleischverwertung von Galle ein Darlehen von mehreren Millionen Mark, um bei den Landwirten direkt Schlachtvieh einzukaufen und damit den Zwischenhandelsgeheimnis auszuscheiden.
*** Großer Diebstahl.** In Dessau wurde ein Fuhrwerk angehalten, das unter Geß verpackt für 2 Millionen Mark Viebarten barg, die aus einer Fabrik in Wolfen gestohlen waren.
*** Kirchenraub in Augsburg.** Aus der Stadtpfarrkirche St. Georg in Augsburg wurde von Einbrechern das Tabernakel, die große Konstranz und mehrere Biborien gestohlen. Die Konstranz, eine kostbare Arbeit der Alt-Augsburger Goldschmiedekunst, stellt allein einen Wert von 12 bis 15 Millionen Mark dar. Von den Tabernakeln fehlt jede Spur.
*** Ein Rechtsanwalt befreit Untersuchungsgefangene.** Der Rechtsanwalt Dr. Sch. in Köln hatte sich in einem Prozeß herbeigefallen, Gefangenen in der Untersuchungsanstalt in Schokoladenplatten seine Sägen einzuschmuggeln, wodurch es ihnen gelang, die Gitter zu durchdringen und zu flüchten. Es soll dies im Auftrage von Verwandten der Verbrecher, die er ver-

teidigen sollte, getan haben; aber das wurde seinerzeit vor der Strafkammer nicht bewiesen, und es erfolgte Freispruch. Im Disziplinärwege haben ihm nun die Kölner Anwaltskammer und das Leipziger Obergericht die Fähigkeit zur Ausübung der Anwaltsstätigkeit abgesprochen.

*** Tode des Säuglings.** Ein 16-jähriger Räuber, der am Dienstag in Paris wegen Beihilfe eines Mordes an einer Frau, die er um 70 Franken beraubt hatte, zum Tode verurteilt war, erfuhr am Mittwoch, daß er von einer entfernten Verwandten 27 000 Franken geerbt hatte.

*** Festnahme einer Anarchistengesellschaft.** Der Polizei ist es gelungen, in Spezia in Italien eine große Anarchistengesellschaft festzunehmen, die ein Attentat auf den Zugzug Rom-Paris ausführen wollten.

*** Dampferzusammenstoß.** Während eines Schneesturmes ist der Dampfer „Merilo“ in der Lowerbay mit dem amerikanischen Dampfer „Hamilton“ zusammengestoßen. Die „Merilo“, die 119 Passagiere an Bord hatte, erlitt schwere Sabarien. Einzelheiten fehlen noch.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurze der Posener Börse.

Offizielle Kurze:	15. Dezember	18. Dezember
4proz. Bräm.-Staatsanl. (Milio-noma)	—	170 +
Amstel. Botocet. i. Sta.	750 - A	—
Bank Boznasch	—	400 + N
Bank Brzembowski	750 - 700 + N	750 + A
Bank Biedniewicz i. Em.	—	735 - 703 +
Bank Bw. Spółki Jarob. i. X. Em.	725 + A	70 +
Polst. Bank Handlowa, Boznasch	1200 + A	1200 + A
Bozn. Bank Biernian i. - IV. Em.	490-450-410 + A	450-460 + N
Wielsch. Bank Koiniezy i. - IV. Em.	—	—
exkl. Kupen	350 + A	—
Bank W. H. W. W.	—	400 - 350 + A
Bank Stadthagen, Bydgoszcz	900 + N	—
Arcona	—	1900 - 1800 + A
Bydgoska Fabryka Miedzi	500 + N	—
St. Wacławski (exkl. Kup.)	850 - 890 + N	—
St. Wacławski i. - VIII. Em.	3350 + A	3500 - 3700 bis 3650 + N
Centrala Koiniezy i. - V. Em.	340-360-370 + N	350 +
Centrala Stör (exkl. Kup.)	2000 - 1850 bis 1900 + N	2100 - 2150 + A
St. Hartwig i. - V. Em.	850 - 800 + A	750 - 775 + A
Hartwig Kantonowicz	280 - 2850 + A	—
Hurtowina Drogerijowa	290 - 310 + N	300 +
Hurtowina Wroclawska	250 - 275 + N	280 - 300 + N
Hurtowina Stör i. - II. Em.	950 + A	950 + N
Hurtowina Wroclawska	2300 - 2400 bis 2200 + A	2200 - 1950 + N
W. H. W. W.	10 0 + N	1100 +
W. H. W. W.	25 000 + N	25 000 + N
Dr. Roman W.	—	700 + A
W. H. W. W.	1900 +	—
W. H. W. W.	16 10 + A	1550 + N
W. H. W. W.	550 + N	550 + A
W. H. W. W.	1000 + A	—
W. H. W. W.	1600 + A	1400 + A
W. H. W. W.	1850 - 1300 + N	1750 - 1700 bis 1800 + A
W. H. W. W.	1800 + A	—
W. H. W. W.	1000 + A	—
W. H. W. W.	—	700 + A
W. H. W. W.	2900 + A	2800 + A
W. H. W. W.	975 - 1100 + N	1100 - 1200 bis 1150 + N
W. H. W. W.	3700 + A	—
W. H. W. W.	—	750 - 800 + A
Auszahlung Berlin 325 - 315.	Umsatz: 25 150 000 Mk. Mark	—
A - Angebots, N - Nachfrage, + - Umsatz.	—	—

Berliner Börsenbericht vom 18. Dezember.

Diskonto-Komm.-Anleihe 2650.-	Polnische Noten	84 50
Danz. Br.-Anleihen 3 300.-	Auszahlung Holland	2455 -
Hartmann Reich.-Anleihen 5500.-	London	28 500.-
Wodnir	Neuvorl	6 100.-
Schudert	Paris	467 50
Wodnir	Schweiz	1 160.-
3 1/2% Pol. Pfandbriefe	Ungarische Goldrente	9 110.-
Auszahlung Warschau	—	—

Danziger Wirtskurze vom 19. Dezember.

Polnische Mark in Danzig	38 1/2
Dollar in Danzig	7200

Hauptkreditleitung: Dr. Wilhelm Schenckel.

Verantwortlich: für den politischen Teil: Dr. Martin Weiser; für den ökonomischen Teil: Dr. Wilhelm Schenckel; für den literarischen Teil: Dr. Wilhelm Schenckel; für den Anzeigen-Teil: Dr. Wilhelm Schenckel.

An letzter Zeit haben sich erneut Diebstähle von Geldgütern auf den Straßen unserer Stadt wiederholt. Der Magistrat sucht mit allen Mitteln diesem die öffentliche Sicherheit gefährdenden Vandalismus Einhalt zu tun.

Er bittet die Bürger und besonders die Herren Wollenshändler, ihm bei der Verfolgung der Diebstahlsgehilfen zu sein und Ertrappe der Polizei zu überliefern.

Oddzial prasowy.

Zalewski. [4598]

Mein Glöcklein

möchte ich wieder lauten für die Jost-Strecker-Anstalten in Pleszew. Es ist heiliger Abend, da soll es besonders hineinklingen in Vater- und Mutterherzen, daß sie uns den Weihnachtstisch decken helfen für unsere lieben Kinder. Es handelt sich um verlässliche, verlässliche oder verlässliche Kinder. Sie werden weiterhin auch eine große Anzahl alter und neuer Pfinglinge. Wir gehen durch dunkle Zeiten. Aber in dunkler Nacht, da laute die Glöcklein besonders hell. Und so haben wir die früheste Zuerück, daß auch 180 Pfinglinge und Pfinglinge an dem kommenden Feste nicht vergessen werden. Die Tiere hören nimmer auf. Jede freundliche Gabe nimmt mit herzlichem Danke entgegen.

Piarrer Oswald Jost in Pleszew.
Postfach Poznań Nr. 201327.

Stroh, gepreßt und lose Verladung

und liefere prima oberflächliche Strohhölzer als
Wegen Lieferung.

Fritz Simon, Kattow 6, Solteite. 29
4587] und Poien Hotel Monopol.

Nach Deutschland

fähre Hiers und übernehme
sämtliche Aufträge zur Erledigung. Offerten unter 4605
an die Geschäftsstelle dieses
Blattes.

Ankünde u. Bekannte

Auto

Komm. 4 Sitze und 2 Klapp-
sitze, habe ich

sehr billig
verkauft und bei mir zu
besichtigen.

Paul Selzer,
Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Gegenheitskauf!

Briefmarken

die Sammler im Werte von
ca. 10 000 000 p. M., ver-
kaufe im Ganzen, da verlei-
de, von mir ernten Reflek-
tanten an W. W. W. W. W.
Wielke Garbary 39, III.

Motore

Stck.	P.S.	Volt	T.	Fabrikat
1	30	220	760	S. S. W. gebr.
1	3	220	850	S. S. W. neu
1	4 1/2	220	1240	A. E. G. gebr.
1	7,5	440	1500	Bergmann neu
1	4	440	1500	—
1	5	220	1240	A. E. G. gebr.
1	5,8	110	1150	—
1	3	110	1240	—
1	2	110	1350	S. S. W. "

1 Benzolmotor F. Daimler 8 P. S.
auf Wagen montiert

1 Wandringventilator 50 cm. Durchmesser,
F. A. E. G. neu

100 Voltmeter, 240 Volt
100 Ampèremeter, 240 Volt

1 Handbohrmasch. bis 15 mm. 220 V. Gleichstr.
1 " " " 15 " 220 V. Drehstr.

1 Tischbohrmaschine 15 " 220 V. "

3000 Rundpatronen 20 Amp.
3000 Diazedpatronen 50 Amp.

zu verkaufen ab Lager Poznań.
„Elektro“ R. Pretsch i. Ska.,
ul. Stroma 23. — Telephon 5535.

Kaufe ständig jeden Kotten

gemästetes Vieh u. Schafe
zu höchsten Preisen, ferner ausran-
gierte Kühe und Ochsen.

Bitte um Offerten (447)
W. Jezierski,
Telefon 5213. Poznań, Fr. Rałajczaka 18.

Sommerproffen, Sonnenbrand, gelbe Fiede, bereitigt unter Garantie

Axela-Crème

1 Dose 1500 M. 1/2 Dose
2500 M. Axela-Seife,
1 Stck. 750 M. 3 Gabe-
busch, Poznań, Nowa 7

Ich habe abzugeben und
auf mein Lager zu beständigen
1 Leitspindelrehbank
2,40 m lang, 170 300 mm
Spindelhöhe,
1 Universal-Radmasch.
mit Bandluge und allen Neben-
apparaten. (4579)
Die Maschinen sind gebrauch-
aber sehr auf und betriebsfertig.
Paul Selzer, Maschinenfabrik,
Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Eine Tigerdogge

11 Monate alt, sehr reiner
Wächter u. gelblich bei Meist-
gebot, jedoch nicht unt. 8000
Mark, wegen Auswanderung
fort zu verkaufen. Angeb.
unter Nr. 4583 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Sei. Kaufe O. A. tabell. gez. 3 farb.
3 Mon. **Foxterrier,**
alten
abf. rasche, von besserer Ratten-
fänger-Abstammung zu 15 000.
Dom. W. e. k. A. p. i. a,
pov. Sroba.

Große Puppe

preiswert zu verkaufen sw.
Wojciech 31, 2. Et. rechts.